

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Wochenzeitpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Versand und Bezahlungsaufträge kosten pro Zeile 20 Pf. Geschäftsaufträge werden nicht aufgenommen.

Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Thad. Wagner; Druck: H. Hahnemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; Sitz: Bochum, Westfalenstraße 38–42. Telefon-Nr.: 98 und 99. Telegramm-Adresse: Unterland Bochum.

Gelbes Lob.

Wen die Gelben loben;
Der ist nett „geacht“.
Wie uns heute wieder
Klar ein Beispiel zeigt:
Vom „Gewerkvereine“
Schreibt der „Werkverein“:
„Gut sind die Gedanken
Und im „Gelbton“ rein.
Gut sind die Gedanken
Und gesund fürwahr,
— Der „Werkverein“, das Blatt der Gelben im Ruhrgebiet, schreibt von dem bekannten Aufruf der „Bergknappen“ (Nr. 7 vom 17. Februar 1912), „Gut! Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Das sind gelinde Gedanken, denen wir lediglich beipflichten können.“ — Der „Bergknappe“ (Nr. 8 vom 24. Februar) bringt diesen Aufruf nochmals in großer Reklamemäßigkeit an erster Stelle. (Die Red.)

Wir sind einverstanden
Damit ganz und gar.“
Ja, Gewerkvereinchen,
Du hast es erreicht:
Wen die Gelben loben;
Der ist nett „geacht“.
Und wenn dir noch wohlig
Ist dabei zu Mut,
Läß doch ganz dich treiben
Von der gelben Slut. — n. a.

Dazu ist nicht zuletzt die Werksbeschränkung berufen, denn sie weckt am besten, daß nirgendwo intime internationale Beziehungen bestehen, als zwischen den respektiven nationalen Kapitalisten. Zug um dieselbe Zeit, wo in der den verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen nahestehenden deutschen, französischen und englischen Presse eine frivole Kriegsberichterstattung betrieben wurde, da waren in Brüssel unter dem Vorsteher des amerikanischen Stahltrustleiters Garey die hervorragendsten Vertreter der deutschen, französischen, belgischen, englischen, österreichischen, amerikanischen usw. Eisen- und Stahlwerksbesitzer zusammen und besprachen sich über — ja, was eigentlich besprochen wurde, darüber verlautete nichts Bestimmtes. Der Vorsitzende der deutschen Vertretung in dieser internationalen Werksbesitzerkonferenz war Herr Director Freiherr v. Bodenhausen von der Firma Krupp-Essen! Wer will denn dieser Firma, zu deren Hunderthälfte im kommenden August sich selbst der deutsche Kaiser einfinden wird, vaterlandslose Gesinnung vorwerfen, weil sie sich mit ihren Konkurrenten auch international verständigt hat?

Wie viele Menschen wissen läßt sich aus, daß die westdeutsche Bergwerks- und Hüttenindustrie zum erheblichen Teil die Geldkränke ausländischer Kapitalisten speist? Da wird den Gewerbevereinskameraden in Konferenzen, Versammlungen und Zeitungen von der „nationalen deutschen Industrie“ erzählt. In Wirklichkeit ist es eine „vaterlandslose“. Die milizionierenden ausländischen Kapitalisten zählen schon nach Duhoden. Zum Beweise dafür wollen wir nachfolgend anhand des leichten Adressenverzeichnisses die Namen der ausländischen Kapitalisten anführen, die allein in der westdeutschen Bergwerks-, Hütten- und Maschinenindustrie sowie in den für diese vornehmlich in Betracht kommenden Banken als Aufsichtsräte, Verwaltungsausschussglieder und dergleichen fungieren. Hier sind die Namen der Herren:

L. Adrianiens, Antwerpen; Baron Alfred Anclon, Lüttich; Maurice Anspach, Brüssel; Charles Balser, Brüssel; van Beuningen, Utrecht; Ed. Bitter, London; J. Bonnardel, Paris; Maurice Bracquier, Lüttich; Louis Bröll, Rotterdam; A. Buereler, Antwerpen; Jean Buffet, Namur; Jules Cailler, Mons; Chr. de Cahen, Brüssel; Abb. du Comte Chastel, Brüssel; A. Collignon, Paris; G. Dufer, Brüssel; P. Elmendorf, London; G. Endemann, Luzern; Hellensfeld, Wien; G. Fliszer, Antwerpen; M. Flemming, London; v. Hauff, Brüssel; R. Hein, Utrecht; L. Segener, Brüssel; Georges Henzo, Merbes le Château; Flor. Herbel, Antwerpen; J. Heuser, Utrecht; Walter Hob, Cricklestone, England; b. Hoegarden-Braconier, Lüttich; Frédéric Jacobs, Antwerpen; F. Jolas, London; G. Karbe, London; J. Kaus, Brüssel; J. Keller, Paris; b. Kerhely, Wien; J. Keller, Paris; b. Vabreche, Brüssel; Leon de Phonex, Namur; Victor Linon, Bertrix; Maurice Magere, Namur; Hector Monnom, Brüssel; de Monplanet, Paris; de Montpellier, Annecy; Leon Raumselaer, Antwerpen; Georges Reef, Bertrix; Alphonse Reyer-Ordon, Brüssel; Etienne Oissel d'Helz, Paris; Aem. Ophoven, Lüttich; W. Pannenborg, London; G. Paray, Le Translab, Belgien; Louis Piebboef, Lüttich; Graf de Pinto, Ensisheim; de Pittiers-Hegart, Brüssel; Dr. Georg Querton, Brüssel; Genrik Regnier-Duch, Lüttich; Emile Servaes, Luxemburg; Vicomte Simontis, Bertrix; G. A. Smart, London; Ernest Solvay, Brüssel; Armand Solvay, La Hulpe; G. van der Straeten, Brüssel; Graf van der Straten-Ponthoz, Brüssel; G. Vays, Antwerpen; Timmercheidt, London; Anton Vanderborght, Grandglaive; Abb. de Baug, Izier; Baron de Watteville, Paris.

Für die Bereicherung dieser Herren oder der von ihnen vertretenen ausländischen Finanzgruppen schaffen die Bergarbeiter Deutschlands ebenfalls. Damit die internationale Unternehmergesellschaften ruhig die aus der Kohlenpreiserhöhung zu erzielenden höheren Millionengewinne einfangen können, sollen die Bergarbeiter Deutschlands ruhig und vertrauenvoll auf eine durchaus unverbindliche Lohnausgabe bauen. Wer nicht auf diesen Sand bauen will, der soll „antinational“ sein?

Wir stellen ausdrücklich fest, daß die verantwortlichen Vertreter der englischen Bergarbeiter noch niemals, auch nicht auf der in der Vorwoche in London stattgefundenen Sitzung des internationalen Bergarbeiterkongresses, von uns die Einleitung eines Sympathiestreits gewünscht haben!!! Die englischen Bergarbeiter sind so einheitlich und mächtig organisiert, daß sie für die erfolgreiche Durchführung ihres Lohnkampfes keine ausländische Hilfe benötigen! Das beweisen doch wohl nun auch die auf die Vermeidung des Generalstreiks gerichteten lebhaften Anstrengungen der englischen Regierungsvertreter.

Nicht die englischen Bergleute brauchen einen Sympathiestreit ihrer ausländischen Kameraden, sondern umgekehrt haben die Bergarbeiter Deutschlands, wenn sie zu einem Kampf für die Anerkennung ihrer Forderungen schreiten müssen, das höchste Interesse an der Verhinderung englischer Kohlenzufuhr. Von der praktischen Bedeutung internationaler Arbeitersolidarität haben, wie bis auf weiteres die Dinge liegen, die Bergarbeiter Deutschlands den allergrößten Vorteil. Das werden sich auch die „strengh Nationalen“ sagen müssen.

Wer ist denn eigentlich heute noch „st. eng national“ gesinnt? Die hervorragendsten deutschen Gelehrten und Künstler sind Mitglieder ausländischer Vereinigungen ihrer Fachkollegen. Trügt das ihre nationale Gesinnung? Eine ganze Anzahl deutscher Großgrundbesitzer sind auch Besitzer großer ausländischer Liegenschaften, welche der Herren gehören durften auch

da sich unsere Werksbesitzer in internationalen Kongressen und Vereinen zusammenfinden, international-kapitalistische Unternehmungen gegründet haben, ohne deshalb ihre Nationalität preiszugeben, worum sollten die Arbeiter von der Bekämpfung derselben internationale Gefahr zurücksehen? Wir lernen ja von unseren Werksbesitzern, daß Internationalität nicht gleichbedeutend mit antinationaler Gesinnung ist.

Eine interessante Lohnstatistik ist durch den Bergbauischen Verein — der sich bekanntlich in Lohnfragen für „nicht zuständig“ erklärt — aufgenommen und der Presse übermittelt worden. Wir lassen die Presstonotiz wörtlich folgen:

„Es sei, 20. Febr. Der Verein für die bergbauischen Interessen hat durch eine Umfrage bei den ihm angehörenden Bergern authentisches Material für die Beurteilung der Bergarbeiterlöhne zusammengetragen. Nach dieser Erhebung, die sich auf die Hauerlöhne in den Monaten Oktober und November 1911 erstreckte, hatten von den Hauern einen Durchschnittsnettolohn für eine Schicht (abzüglich Öl und Sprengmaterialien, einschl. der von den Bergarbeitern gezahlten Steuern) ...“

weniger als 4,50 Mk.	im Oktober	im November
4,51–5,00	0,68 %	0,44 %
5,01–5,50	2,70	2,20
5,51–6,00	17,70	14,01
6,01–6,50	41,97	39,38
6,51–7,00	24,82	28,88
7,01–7,50	8,49	10,74
7,51–8,00	2,58	8,20
mehr als 8,00	0,73	1,08
	0,84	0,54

Das Verhältnis der Löhne bis zu 8 Mk. hat sich also zugunsten der höheren Löhne (über 8 Mk.) allein in den 2 Monaten um rund 7 Prozent verschoben. Werden an Stelle des Procents festes Bahnen eingestellt, so ergibt sich folgendes Bild: Bei Zugrundelegung einer Gesamtbelegschaft von 840 000 Mann (nach dem Durchschnitt des 8. Quartals 1911), wobei erfahrungsgemäß mindestens 80 Prozent gleich 170 000 Mann auf die unterstehenden eigenständigen Bergarbeiter (Hauer) entfallen, verdienten im Oktober 107 000 und im November 95 000 Mann bis zu 8 Mk., während sie im Oktober 63 000 Mann betrugen. Ganz der Hauer, welche von 8 bis über 8 Mk. verdienten, auf 75 000 Mann stieg. Die Verschiebung aus den Lohnklassen bis zu 8 Mk. in die höheren über 8 Mk. hat dennoch rund 12 000 Mann umfaßt, wobei bemerkbar sein mag, daß die Boden des Bergbaudienstes eben zu niedrig als zu hoch angenommen sind, da die Arbeiterszahl in den angegebenen Monaten wahrscheinlich mehr betrug, als der mangels anderer Bahnen eingeschätzte Durchschnitt des 8. Quartals 1911.“

Warum hat der Bergbauische Verein gerade den Monat November zum Vergleich herausgegriffen, warum nicht den Monat Dezember oder den Monat Januar? Sehr einfach, weil, wie jeder Bergmann weiß, im November besonders viele Überstunden verfahren werden, um vor Weihnachten „einen guten Lohnstag“ zu haben!

Die vielen Überstunden gerade im Monat November sind die Erklärung für die um diese Zeit angegebene Verschiebung der Lohngrenzen nach oben. Es handelt sich nämlich nicht um eine Schichtverdienststatistik. Daß in der Lohnstatistik des Bergbauischen Vereins die Lohnsumme nach dem bekannten Muster des Knappischafstvereins ohne Rücksicht auf die wirklich verfaßte Schichtzahl auf die Normalschichtzahl (25 im November, 26 im Oktober) verrechnet ist, geht schon aus der nach dem Muster der Knappischafstklasse vorgenommenen Lohnklassenbildung hervor. Es ist aber auch ein direkter Beweis dafür zu führen.

Glücklicherweise veröffentlicht die Bechenpresse nun auch die bergbehördlichen Angaben über die Durchschnittslöhne im vierten Quartal 1911. Nach der Lohnaufmachung des Bergbauischen Vereins hatten nicht weniger als 78,48 Prozent der „eigentlichen Bergleute“ einen Durchschnittsnettolohn (ohne Gehaltsabzug) von 6,51–7,00 Mk. Für die Lohnklasse I (Hauer und Schlepper) stellte sich danach der Durchschnittslohn auf etwa 8,20 Mk. Siehen wir hieron die Gefälle (Versicherungsbeiträge), ungefähr 81% Pf. pro Schicht, ab dann bleibt ein reiner Netto lohn von gut 6,78 Mk. übrig. Der Bruttolohn hat aber nach der bergbehördlichen Lohnstatistik im vierten Quartal 1911 für die Hauer- und Schlepperklasse nur 6,63 Pf. pro Schicht bezogen, 15 Pf. weniger wie die Lohnstatistik des Bergbauischen Vereins ausweist! Wenn im Monat Dezember eine „weitere Lohnsteigerung“ eingetreten sein sollte, so würde diese aufgewogen durch den gegenüberliegenden niedrigen Lohnstand im Oktober gegenüberliegen. Die Lohndifferenz von 15 Pf. pro Schicht zwischen der Lohnanlage des Bergbauischen Vereins und der Lohnstatistik der Bergbehörde beweist klipp und klar, daß in der ersten die Überstunden nach knappischafstlichem Muster in die Normalschichtzeit eingerechnet sind. Der Bergbauische Verein sollte doch diese Art „Lohnstatistik“ unterlassen.

Ein Gutes hat die Veröffentlichung des Bergbauischen Vereins aber doch. Sie beweist, wie berechtigt die vom „Dreibund“ aufgestellte Forderung nach Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeit ist. Wir ersehen aus der Veröffentlichung, daß die Löhne zwischen weniger als 4,50 Mk. bis mehr als 8 Mk. schwanken! Allerdings erhielten nur 1,62 Prozent „eigentlichen Bergleute“ mehr als 7,50 Mk. pro Schicht; es sind ungefähr 2600 Mann von 170 000 in dieser Lohnstufe. Aber mit diesen Bruttolöhnen wird Staat gemacht, als ob sie der „eigentliche Verdienst der Bergleute“ seien. Daneben erscheinen 16,65 Prozent der Hauer und Schlepper mit Löhnen unter 6,50 Mk. Das sind etwa 28 000 Mann. Was hilft es diesen weit unter dem Durchschnitt bezahlten Arbeitern, daß 2600 ihrer Kameraden über 7,50 Mk. verdienen? Und welcher Fachmann weiß denn nicht, daß am häufigsten die Kameradschaften an den schwierigsten Arbeitsstellen am schlechtesten bezahlt werden? Es wird auch im Bergbau der Lohn durchaus nicht stets nach dem Grade der aufgewandten Arbeitskraft bemessen. „Bergmannsglück“, noch häufiger „Gut und Gabe“ beeinflussen die Lohnzulage. Die Veröffentlichung des Bergbauischen Vereins ist also eine ausgezeichnete Begründung für die Arbeitersforderung, die kolossalen Lohnunterschiede zu beseitigen.

Sehen wir uns nun auch den Lohnstand nach der bergbehördlichen Statistik an. Danach betrug der durchschnittliche Nettolohn pro Schicht im Ruhrgebiet für die

1907	1911
4. Quartal	4. Quartal
6,14 Mk.	5,68 Mk.
Sonstige erwachsene Untertagsarbeiter	4,16
Erwachsene Obertagsarbeiter	3,96
Jugendliche Arbeiter (Untertags)	4,10
Geamtbelegschaft	4,90
	4,75

Danach war 1911 gegen dasselbe Quartal in 1907 der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft noch 24 Pf. niedriger! Die Hauer und Schlepper standen sich sogar noch um 51 Pf. pro Schicht schlechter!

Wird der Durchschnittslohn nach der Eingabe des „Dreibundes“ an die Bechenverwaltungen um 15 Prozent erhöht, dann beträgt er absolut rund 48 Pf. pro Schicht oder 7 bis 8 Prozent mehr als im vierten Quartal 1907. Wer will diese Forderung eine unberechtigte nennen angelebt der seit 1907 eingetretene Nahrungsmittelsteuerung? Schrieb doch das führende Zentrumsblatt, die „Röntzische Volkszeitung“, noch am 6. Februar d. J.

Wenn aber in Berichten, welche den Standpunkt der Arbeitgeber ganz einseitig vertreten, die Oeffentlichkeit damit beruhigt werden soll, daß die Löhne bald wieder die Höhe des Jahres 1907 erreicht haben dürfen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich damit die Arbeiter wohl kaum aufreden geben dürfen; denn da gegen das Jahr 1907 die Kaufkraft des Geldes wieder gefallen ist, so würden die Löhne des Jahres 1907 noch lange nicht bedeuten, daß die Bergleute sich schon wieder in der wirtschaftlichen Lage des Jahres 1907 befinden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Löhne den Stand vom Jahre 1907 übersteigen.

Gehr zutreffend! Um so schärfer muß die leichte Querkreislauf der Führer des Zentrumsgewerbevereins verurteilt werden, denn sie liegt nur im Interesse des Unternehmertums.

Der "Evangelische Arbeiterbote" (Nr. 5 von diesem Jahre), gewiß ein zuchtfremdliches Blatt, berechnet die infolge der vom Syndikat beschlossenen Kohlenpreishöhung eintretenden Mehreinnahmen der Bechen auf 90 Millionen Mark jährlich! Dabei können die meisten Werke schon für 1911 über bedeutende Mehreinnahmen der Bechen auf 90 Millionen Mark jährlich! Dabei können die meisten Werke schon für 1911 über bedeute-

Sorgen wir durch eifrige Agitation und massenhafte Mitgliederwerbung dafür, daß den Werkbesitzern die "gesunden Gedanken" nichts nützen.

Wo bleibt die Lohnhöhung?

Die Hoffnungsfrohen Erwartungen der Zentrumsgewerbevereinsleitung, daß die Bechenherren "freiwillig" die Löhne in zeitgemäßer Weise erhöhen würden, haben sich nicht erfüllt. In der gemeinsamen Konferenz der Verbandspräsidenten am 5. Februar in Essen wollten die Gewerbevereinsvertreter die amtliche Lohnstatistik abwarten, um zu sehen, ob die Bechenherren ihre "Versprechungen" erfüllen würden. Diese "Versprechungen" spulen allerdings nur in der Phantasie der Zentrumsgewerbevereinsführer. Die Bechenherren haben keine Lohnhöhung in Aussicht gestellt, im Gegenteil, die dahin gehenden Mitteilungen in der Presse energisch bestritten.

Nun liegen die amtlichen Lohnangaben für das 4. Vierteljahr 1911 vor. Sie zeigen, daß das Vorgehen der drei Verbände in der Lohnfrage durchaus richtig, das ablehnende oder abwartende Verhalten der Gewerbevereinsstrategen aber falsch war. Nur um ganze 3 Pf. pro Schicht sind die Durchschnittslöhne für die Gesamtbelegschaft, um 5 Pf. für die Hauer und Lehrhauer weiter gestiegen. Die Durchschnittslöhne aller Arbeiter stehen immer noch um 24 Pf. der Hauer und Lehrhauer um 51 Pf. pro Schicht niedriger, wie im 4. Vierteljahr 1907. Wenn die Löhne in diesem Schiedentempo weiter steigen, wird es noch rund zwei Jahre dauern, bis sie die Höhe von 1907 erreicht haben. Inzwischen ist die günstige Konjunktur, wo Erfolge erzielt werden können, vorbei und die Bergarbeiter haben das Nachsehen. Will die Gewerbevereinsleitung dann "energisch" werden, wenn es zu spät ist?

Mit den Löhnen ist es viel schneller abwärts gegangen, wie es jetzt aufwärts geht. Das beweisen folgende Angaben: Der Durchschnittslohn betrug in Markt:

je im 4. Vierteljahr

	1907	1908	1909	1910	1911
Gesamtbelegschaft	4,90	4,76	4,48	4,81	4,75
Hauer und Lehrhauer	6,14	5,77	5,90	5,45	5,88

Wenn die Löhne in dem bisherigen Schiedentempo weiter steigen, werden die Durchschnittslöhne für alle Arbeiter im 4. Vierteljahr 1912 im günstigsten Falle 4,87 Pf. für Hauer und Lehrhauer 5,88 Pf. pro Schicht betragen; wenn die Löhne in gleicher Weise steigen würden, wie sie gefallen sind, müßten sie im 4. Vierteljahr 1912 die alte Höhe vom 4. Vierteljahr 1907 wieder erreicht haben; bei dem jetzigen Schiedentempo aber werden sie diese Höhe im günstigsten Falle erst im 4. Vierteljahr 1913 erreichen.

Einen Ausgleich für die durch den Lohnrückgang entstandenen gewaltigen Lohnverluste haben die Bergarbeiter aber dann immer noch nicht. Diese betragen für die letzten vier Jahre vom 1. Vierteljahr 1908 bis einschließlich 4. Vierteljahr 1911: 145 828 947 Pf. Diese gewaltige Lohnsumme haben die Bergarbeiter durch direkte Lohnabzüge eingebüßt, die Verluste,

welche sie durch die vielen Feiertäler erlitten haben, sind dabei nicht mitgerechnet. Im 4. Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast überall den Höhepunkt erreicht, von da ab ging es abwärts; waren die Löhne auf dieser Höhe stehen geblieben, hätten die Bergarbeiter in der angeführten Zeit 145 828 947 Pf. mehr verdient, die sie jetzt aber durch die Lohnrückgänge verloren haben. Hinzu kommt noch, daß sich die gesamte Lohnhaltung seither weiter außerordentlich verteuert hat. So betrugen nach dem Bericht der Essener Handelskammer für 1910 die Verkaufspreise in der Krupp'schen Konsumanstalt:

Artikel	1907	1910	Mehr — weniger in Prozent
1 Käsegummie Schwarzbrot	0,15	0,17	+ 12,8
1 " Blutzleber I	1,50	1,54	+ 2,8
1 " Blutzleber II	1,40	1,44	+ 2,8
1 " Blutzleber III	1,80	1,96	+ 8,5
1 " Hammelzleber I	1,80	1,70	- 5,6
1 " Hammelzleber II	1,80	1,30	- 27,8
1 " Schweinezleber	1,57	1,80	+ 14,0
1 " Weißwurst	1,68	1,74	+ 3,6
1 " Speck (weift., ger.)	1,07	1,00	- 6,5
1 " Weizenmehl	0,30	0,32	+ 6,7
1 " Getreide	0,37	0,44	+ 18,7
1 " Buchweizenmehl	0,85	0,85	+ 0,2
1 " Nudeln	0,51	0,00	- 100,0
1 " Gräben	0,83	0,88	+ 6,5
1 " Linien	0,72	0,80	+ 10,8
1 " Meis	0,84	0,88	+ 4,8
1 " Hafergrüße	0,49	0,47	- 4,1
1 " Gruppen	0,25	0,28	+ 12,5
1 " Schmalz (amerik.)	1,24	1,55	+ 25,8
1 " Margarine	1,25	1,82	+ 4,9
1 " Butter	2,62	2,77	+ 5,7
1 " Kaffee (Java)	1,80	2,40	+ 33,3
1 " Rübeneinkauf	0,27	0,28	+ 3,7
1 " Nüsse (holl.)	1,90	2,05	+ 8,0
1 " Pflaumen (türkisch)	0,49	0,84	+ 69,4
1 " Kaffinade	0,46	0,53	+ 15,4
1 " Kandis (weißer)	0,70	0,70	+ 0,0
1 " Salz	0,18	0,20	+ 11,1
1 " Schonerkäse	0,88	0,40	- 54,5
1 " Kernseife	0,53	0,58	+ 9,1
1 " Soda	0,08	0,08	+ 0,0
1 Doppelzentner Kartoffeln	6,77	7,24	+ 6,9
1 Liter Kohlen	1,48	1,00	- 28,2
1 Liter Petroleum	0,78	0,50	- 31,2
1 " Eisig	0,10	0,17	+ 7,4
	0,08	0,10	+ 25,0
Summa		87,88	42,63
		+ 5,20	= 14,2 Prozent

Die angeführten 38 Artikel sind also insgesamt im Preise gestiegen von 87,88 Pf. im Jahre 1907 auf 42,63 Pf. im Jahre 1910 oder um 14,2 Prozent. Der Durchschnittslohn für alle Arbeiter stand aber, wie oben angeführt, im 4. Vierteljahr 1911 noch um 24 Pf. für Hauer und Lehrhauer um 51 Pf. pro Schicht niedriger, wie im 4. Vierteljahr 1907; die Arbeiter sind danach heute viel schlechter gestellt, wie im Jahre 1907.

Die Krupp'sche Konsumanstalt ist eine der größten in Deutschland und ihre Preise können als Maßstab für die Verhältnisse besonders im Ruhrgebiet gelten. Leider ist der Bericht der Essener Handelskammer, welcher die Verkaufspreise der Krupp'schen Konsumanstalt für 1911 enthalten noch nicht erschienen. Es steht aber allgemein fest, daß sich die Preise der notwendigsten Lebens- und Gebrauchsartikel seit 1910 weiter sehr verteuert haben. Sollten die Löhne mit der Verteuerung der Lebenshaltung seit 1907 auch nur einigermaßen gleichen Schritt gehalten, so müßten die Durchschnittslöhne aller Arbeiter jetzt mindestens 5,70 Pf. die der Hauer und Lehrhauer 7 Pf. pro Schicht betragen. Sie standen im 4. Vierteljahr 1911 somit noch um 95 Pf. und 1,87 Pf. pro Schicht hinter der Verteuerung zurück. Würde entsprechend unserer Lohneingabe ein Ausgleich für die Verteuerung seit 1907 geschaffen, müßten die Durchschnittslöhne aller Arbeiter um 95 Pf. der Hauer und Lehrhauer um 1,87 Pf. pro Schicht erhöht werden. Ein Ausgleich ist also dringend geboten, wird aber nur eintreten, wenn die Bechenherren einschauen, daß es den Bergarbeitern mit ihren Forderungen ernst ist.

Einen Ausgleich für die durch den Lohnrückgang entstandenen

gewaltigen Lohnverluste haben die Bergarbeiter aber dann

immer noch nicht. Diese betragen für die letzten vier Jahre

vom 1. Vierteljahr 1908 bis einschließlich 4. Vierteljahr 1911: 145 828 947 Pf. Diese gewaltige Lohnsumme haben die

Bergarbeiter durch direkte Lohnabzüge eingebüßt, die Verluste,

Eingesandte Bücher und Schriften.

Ein "Vorleser".

Gut drei Jahre werden es her sein, da erlebte eine große Zahl von Bergarbeitern eine Neberaufgabe. In der Muhr, an der Saar und in Schlesien erhielten sie laufend unserer Kameraden einen Fragebogen, welcher 26 Fragen enthielt, nebst Belegtafeln und französischem Antwort zum Zurücksenden an Dr. A. Lebenstein, Berlin.

Die meisten Empfänger waren sehr überrascht von dem Verlangen, einem ganz fremden Menschen eine Biographie ihres inneren und äusseren Menschen zu geben. Über die Mehrzahl — über 2000 — standen dennoch die Fragebögen ausgefüllt zurück. Für diese Befragung legte wohl verschiedene Gründe vor. Bei den waren war es jedenfalls eine Art des Erfüllungsdrangs im Hinblick auf das freundliche Belehrschreiben. Die bloße Mitteilungshabigkeit hat vielleicht auch manchen beeindruckt, die gefallene Fragen zu beantworten. Der größte Teil aber hat ganz den Glauben gehabt — oder sagen wir: die Unbefriedigung gehabt — der Arbeiterfrage einen Dienst zu erweisen. Denn einzelne der gefallene Fragen verlangten eine solche Tiefdringendheit der inneren Gefühle, wie man sie sonst nur alten, erprobten Freunden gegenüber vornimmt. Sie wurde aber von Lebenstein mit einer so noblen Unbefriedigung von den befragten Bergleuten gefordert, daß weniger einen wohlwollenden Freund in ihm vermutet haben mag. Und wenn ein Freund den Inquisitor spielt, dann führt er nur Gutes mit uns im Schilde. Und so ist denn der Dr. Lebenstein zu ebensolchen Antworten auf alle seine Fragen gekommen. Nur von Bergarbeitern — dreizehnant sind ihnen außerdem noch Metall- und Bergarbeiter verschiedener Bezirke zu, die er ebenfalls befragt hatte.

Diese fünfzehn ausgefüllten Fragebögen hat denn Lebenstein verarbeitet. Über der Brod? Wen hat die Erforschung der Gegenden und Menschen interessiert? Den Arbeiter und der Arbeiterschaft gebrüllt nicht? Nur wag dem Beginnen des Herrn Lebenstein noch so wohinwendung zu erwartzen — einen Vorteil für die Arbeiter vermag nun aus der ganzen Erhebung nicht herauszufinden. Das zeigt sich jetzt, wie es die Resultat der vorliegenden. Das Buch des Lebenstein als Kunst seiner Erforschungen" bei Ernst Reinhardt in Wiesbaden herausgegeben hat, führt den Titel: "Die Arbeiterfrage". Es ist eine sättigende Broschüre von 432 Seiten, deren Umschlag in Verbindung mit dem gewählten Titel keinem interessierten Leser eine gewisse Erwartung erregt. Die wird aber nicht erfüllt, mag sie auch noch so niedrig gehalten sein. Wie der Verfasser in einem Vorwort bemerkt, wollte er durch seine "Untersuchung" die Grundlage schaffen helfen für die Beantwortung der Fragen:

a) Was für Menschen prägt die moderne Großindustrie unter dem Druck privatkapitalistischer Ökonomie?

b) Welche Kräfte bilden das Gegenge wicht einer etwaigen psychischen und physischen Entartung?

Wir glauben, daß so mancher unserer Kameraden dem Herrn Doctor den Bogen wieder leer zurückgefunden haben würde, hätte er diese Abfrage gestellt. Denn was er da mit Hilfe eines umfangreichen Erhebungsbogens an den Tag bringt will, ist praktisch längst erwiesen. Es wäre statthaft, um die Arbeiterschaft, wenn sie hätte warten sollen, bis Herr Lebenstein seine zwei Fragen aufwirkt und nach einer Antwort auf sie sucht! Sie hat diese Frage im dorthin abgedrängten Sinne schon vor einem halben Jahrzehnt gestellt und zugleich beantwortet. Die immer stärker anwachsende Arbeiterschaft bewegt in das letzte Zeugnis dafür. Wenn über jenem verjähren wird, eine

wissenschaftlich interessante Antwort auf die angegebenen Fragen zu finden, dann wird ihn ja niemand davon hindern. Er darf aber nicht — wie Lebenstein es tut — einen mißglückten Versuch dieser Art unter dem irreführenden Titel "Die Arbeiterfrage" als Erfolg seiner Karriere der Welt vorführen. Denn das sieht doch jeder der lesen kann, daß das zusammengetragene Material aus den Fragebögen dem Verfasser in der Richtung seines Vorhabens fast gar nichts einbrachte. Wohl könnte es einem Literaten bei der Behandlung der Arbeiterfrage nützlich sein. Denn die geistigen und wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse der Arbeiter haben vielfach in den erzielten Antworten flauen Ausdruck gefunden. Eine Untersuchung darüber, wie die Lebensbedürfnisse zu befriedigen sind, verdiente eine Anerkennung schon eher, obwohl auch diese Frage theoretisch längst beantwortet ist.

Selbst wenn man die Übersicht willigen wollte, die Lebenstein mit seiner Untersuchung verfolgte, kann man doch seinem Buche keinen Geschmack abgewinnen. Der Inhalt besteht zu drei Vierteln aus Originalantworten, die Lebenstein aus den Fragebögen mit allen orthographischen und stilistischen Fehlern übernommen hat. Diese Antworten sind dann gruppierenweise nach ihrem Inhalt summiert und fälschlich statistisch verarbeitet. Diese Statistik hat den Wert einer blöken Zahnspielerei, denn Schlüsse lassen sich aus ihr in dem vom Verfasser erzielten Sinne nicht ziehen. Wer das will, der muß die Meinung auf den Kopf zu stellen verzieren. Dass zwischen den einzelnen Menschen große Unterschiede bestehen, auch in denselben Berufen und Altersklassen, das war schon einige Zeit vor Lebensteins "Arbeiterfrage" bekannt. Er will nach seinem eigenen Angaben eine "Sozialanalyse" der Arbeitermasse schaffen, hätte aber bei etwas mehr praktischem Verständnis wissen müssen, daß eine solche Analyse nach seiner Methode unmöglich ist. Sie läßt sich weder aus dem Wortlaut der einzelnen Antworten, noch aus der statistisch behandelten Summe derselben gewinnen. Wir sagten schon, daß die befragten Arbeiter jedenfalls aus sehr verschieden Gründen die Fragebögen ausgefüllt und eingereicht haben. Die Meinungs- und Gefühlsäußerungen können darum nicht einheitlich bewertet werden. Die meisten der "erfolgten" Arbeiter hätten vier Wochen früher oder vier Wochen später vermutlich ganz andere Antworten für einzelne Fragen gewählt; denn die jeweilige Stimmung hat doch einen großen Einfluss auf die Beantwortung der Gedanken. Man kann deshalb das Ergebnis von Lebensteins Umfrage getrost als ein Zusammenspiel bezeichnen gerade in bezug auf die "Sozialanalyse" der Masse. Und wer selbst Arbeiter ist, wer mit offenen Augen und Ohren mitten drin steht im Arbeiterleben, dessen Gefühl lehnt sich auf gegen eine Behandlung, wie sie der Verfasser der "Masse" zuteilt werden läßt. Nach ihm wäre die Arbeiterklasse schon so weit degeneriert, daß man an ihrer Zukunft verzweifeln müßte. Die 5040 Berg-, Metall- und Zertifikarbeiter, die seine Neugier zu befriedigen suchten hat der "Sozialanalyse" eingeteilt in vier Schichten. Er nennt sie: 1. Die intellektuelle Schicht (die geistig bedeutendsten, selbständigen Charaktere); 2. Die kontemplative Schicht (geistig regsame, aber philosophisch entsagende Naturen); 3. Die verbildete Schicht (die eingeübten Leute, die aber in Wirklichkeit geistig beschränkt sind); 4. Die Massenschicht (die geistig Gleichgültigen — "fehlende Lotte" nennt sie Lebenstein). Natürlich hat Lebenstein keinen Arbeiter belästigen wollen, als er die Klassifizierung in folgender Weise vornahm:

1. Intellektuelle Schicht . . . 300 = 5,9 Prozent

2. Kontemplative Schicht . . . 501 = 9,9 "

3. Verbildete Schicht . . . 1010 = 20,1 "

4. Massenschicht . . . 3229 = 64,1 "

5040 = 100,0 Prozent

Eine unglaublich niedrige Einschätzung ist es fürwahr, die Herr Lebenstein den Arbeitern in obigen angegebenen läßt. Wir dürfen

Calwer über unsere Lohnbewegung.

Schon oft hat der "Bergknappe" den ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Richard Calwer, Herausgeber der "Arbeitsmarkt

Beratern und folgt nur der von diesen ausgegebenen Beratung. Glaubt nicht überantwortlichen Gehern und zu wilden Streiks aufzuhören ansonsten Flugblätter! Macht von allen besonderen Vorträumen der Gewerbevereinsleitung sofort Mitteilung!

"Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Das sind die gesetzlichen Geboten, denen wir lediglich beipflichten können."

Also direkt an den nun schon zweimal im "Bergknappen" an erster Stelle erschienen Aufruf knüpft der "Werkverein" seine Bemerkung: "Das sind gesunde gelbe Gedanken, denen wir lediglich beipflichten können" und nicht an eine den Tagesblättern entnommene Notiz, wie der "Bergknappe" behauptet.

Bekanntlich brachte die "Rheinisch-Westfälische B.Z." den Aufruf mit dem gleichen Hinweis wie der "Werkverein", bevor der "Bergknappe" erschienen war. Daraus lässt sich schließen, dass der Aufruf vor seinem Erscheinen im "Bergknappen" auch dem Bechenverband zur Begutachtung vorgelegen hat.

Sein intimes Verhältnis mit den Bechenherren und den Gelben will der "Bergknappe" aber öffentlich nicht gelten lassen und er rast darum seinen Freunden warnend zu:

"Blauer" mich nicht, mein schönes Kind
Und grüß mich nicht unter den Linden,
Wenn wir näher zu Hause sind,
Wird sich schon alles finden."

Eine Verlegenheitsresolution.

Die Zentrumsgewerbevereinsleitung setzt sich mit ihrem Ciertanz in der Lohnfrage immer mehr mit allen Tatsachen in Widerspruch, was auch in ihren Kundgebungen zum Ausdruck kommt. Das zeigt folgende Resolution, die in einer Konferenz des Zentrums gewerbevereins am 17. Februar in Oberhausen zur Annahme gelangte:

"Nach eingehender und reiflicher Erwägung begrüßt die heutige Bezirkskonferenz die vernünftige Stellung des Centralvorstandes in der von den drei Konsortienverbänden eingerichteten Lohnbewegung. Die Konferenz steht ebenfalls auf dem Standpunkt, dass zunächst abgewartet werden muss, in welcher Höhe die von den Bergwerksbesitzern in Aussicht gestellte Lohnherabsetzung erfolgen wird. Zur Sicherstellung dieser Punktes sind alle Mittel anzuwenden, besonders in den Arbeiterausschüssen eifrig Mitarbeit zu pflichten. Eine vorstellige und abwartende Haltung scheint aber um so mehr geboten, als die Nachrichten über die englische Lohnbewegung sich fortgesetzt widersprechen. Die Befürchtung liegt nahe, dass von einer deutschen Lohnbewegung lediglich die englische Konkurrenz profitiere. Die Erfahrungen im Bergarbeiterstreit 1905 zeigen, dass man in England derartige Gelegenheiten, wenn nicht gerade herbeiführt, so doch stupselig ausnutzt. Der deutsche Bergarbeiter hat das größte Interesse an einem weiteren Ausbau des Stahlmarktes zugunsten der einheimischen Industrie. Das erst wird ein ausreichendes Steigen der Löhne auch für die Zukunft garantieren. Sollten die Bergwerksbesitzer aber dann, nachdem die Konjunktur sich gehoben und neue Abzüge geleistet haben, nicht die berechtigten Erwartungen der Bergarbeiter erfüllen, so hat die Konferenz das feste Vertrauen zur Bechen, dass dieselbe kein Mittel scheut, dem Arbeiter von der heraufziehenden besseren Zeit den nötigen und berechtigten Anteil zu verschaffen."

Das ist natürlich alles kompletter Unsinn, an den auch die Zentrumsgewerbevereinsleitung nicht glaubt. Über sie denkt: Es ist halt nichts so dummi, es findet kein Publikum! Auf den gleichen oder ähnlichen Reim sind auch die christlichen Kumpels in anderen Bezirken schon gehüpft. Jetzt fehlt nur noch eine Urabstimmungskomödie und wir haben im Zentrumsgewerbeverein denselben Faschingstrubel, wie bei der Lohnbewegung im vorigen Jahre. Vielleicht erleben wir auch dieses Trauerspiel noch, zum Ergänzen der Bechenherren.

Forderungen der drei Verbände.

Die drei in der Lohnfrage einig vorgehenden Verbände richteten an die einzelnen Bediensteten folgende Forderungen:

Bodum und Oberhausen, den 19. Februar 1912.

Nachdem der Vorstand des Bechenverbandes die ihm von den unterzeichneten Organisationsvertretern unterbreitete Eingabe betreffend Erhöhung der Bergarbeiterlöhne dahingehend beantwortet hat, dass er in Lohnfragen nicht zuständig sei, gestatten sich die ergebnist. Unterzeichneten, der berüchtigten Grubendirektion nachstehende Forderungen mit der höflichen Bitte zu unterbreiten, bis zum 5. März d. J. den Unterzeichneten geneigtest die Stellungnahme der berüchtigten Grubendirektion zu den nachfolgenden Forderungen mittheilen zu wollen.

Die von den unterzeichneten drei Organisationen aufgestellten Forderungen sind folgende:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Prozent und Befestigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Die Abschlagszahlung hat spätestens am 25. des laufenden, bis Restlohnzahlung spätestens am 10. des folgenden Monats zu erfolgen.
3. Achtstündige Schichtzeit, siebenstündige Schichtzeit bei + 22 Grad Celsius, sechsstündige Schichtzeit bei + 28 Grad Celsius. Vorliegende Schichtzeiten versichern sich aussichtsreiche Ein- und Ausfahrt.
4. Neben- und Nebenschichten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Pferden verfahren werden.
5. In den Koloniewohnungen ist die sonst übliche einmonatliche Räumigung einzuführen, den Mietern volle Bewegungsfreiheit in Bezug auf Organisationsangehörigkeit, Wareneinkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kostgängern ausübt werden.
6. Dafür einzutreten, dass Ausrechnungen der reichsgerichtlichen Leistungen für Knappenhäuslern, Witwen und Waisen seitens des Knappenhäuslervereins auf die Knappenhäuslerleistungen nicht mehr stattfinden.
7. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen partizipativen, Aufhebung des noch für Nachbarzonen bestehenden Sperrsystems.
8. Einschränkung des Strafwesens; Strafen von über einer Mark zu beladen der Zustimmung des Arbeiterausschusses.
9. Errichtung eines partizipativen zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unpartizipativen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.
10. Errichtung von Zusatzanstalten für alkoholfreie Getränke auf den Bedenplätzen.

Zur Begründung vorstehender Forderungen gestalten wir uns anzusehen:

Zu 1. Die Bergarbeiter leiden zurzeit noch unter den Nachwesen der letzten Wirtschaftskrise. Die Löhne der Hauer standen im dritten Quartal 1911 noch um 58 Pf. niedriger, als im vierten Quartal 1907, während der Durchschnittslohn der gesamten Bergarbeiter des Ruhrreviers im dritten Quartal 1911 noch um 27 Pf. niedriger war, als im vierten Quartal 1907. Wenn wir auch annehmen, dass im Laufe des vierten Quartals 1911 eine weitere Lohnsteigerung eintrat, so ist diese doch bestimmt nicht so groß gewesen, dass der Durchschnitt des Jahres 1907 wieder erreicht worden ist. Dafür spricht schon, dass noch im letzten Quartal 1911, und namentlich auch in letzter Zeit, zahlreiche Gedingeredebücher seitens der Grubenverwaltungen vorgenommen wurden. Aber wenn selbst die Durchschnittslöhne vom Jahre 1907 wieder erreicht waren bzw. dieselben auf jene Höhe gebracht würden, so befinden sich die Bergarbeiter infolge der seither eingetretenen Versteuerung der Lebensmittel und Getraubestücke doch immer noch in einer ungünstigeren wirtschaftlichen Lage als damals.

Dass eine bedeutende Versteuerung besonders bei wichtigen Lebensmitteln seit dem Jahre 1907 eingetreten ist, sowie auch der Umfang derselben, dürfen wir als allgemein bekannt voraussetzen, so das sich ein näheres Eingehen auf diese Materie erübrigt.

Der zweite Teil der Forderungen ist ohne weiteres klar. Es sollen durch Erfüllung derselben die großen Unterschiede der Löhne innerhalb der einzelnen Arbeiterkategorien beseitigt werden. Diese Forderung kommt in der Hauptrichtlinie für die Bergearbeiter (Hauer) in Betracht. Die Unterschiede zwischen 2 bis 8 Mark pro Schicht. Diese Lohnunterschiede sind nach den Angaben der Bergarbeiter und unseren eigenen Erfahrungen nur zum Teil auf den unterschiedlichen Fleiß der Bergarbeiter und die bei dem einen oder anderen mehr oder weniger vorhandene Geschicklichkeit bei der Berufserfahrung zurückzuführen. In der Hauptrichtlinie sind die Lohnunterschiede begründet in den verschiedenen Alters-, und Geburtsverhältnissen, auf die bei der Gedinge feststellung nicht immer gebührend Rücksicht genommen wird. Dass es aber verbitternd auf die Arbeiter wirken muss, die trotz Anwendung des größten Fleißes, trotzdem sie ihre Arbeit verstehen, keinen auskömmlichen Lohn verdienen können, während andere ohne größere Anstrengung einen ungleich höheren Lohn verdienen, bedarf nur des Hinweises.

Zu 2. Die jetzt auf den Bechen übliche Lohnzahlungsmethode kann als gerecht und billig nicht bezeichnet werden, da die Bergarbeiter ungebührlich lange auf die Auszahlung des verdienten Lohnes warten müssen. Die Lohnzahlung findet nach der Arbeitsordnung in der zweiten Hälfte des auf die betreffende Lohnperiode folgenden Monats statt, während in der ersten Hälfte dieses Monats eine Abschlagszahlung stattfindet. Die Bergarbeiter müssen also ihre Arbeitskraft den Unternehmern annähernd sechs Wochen zur Verfügung stellen, ehe sie Bezahlung für die von ihnen geleistete Arbeit erhalten. Das ist ein unhaltbares Zustand, der geeignet ist, das Bergamt zu fördern. Der von uns gemachte diesbezügliche Vorschlag ist u. E. auch sehr leicht durchführbar und dürfte mir uns daher wohl der Hoffnung hingeben, dass derselbe akzeptiert wird.

Zu 3 und 4. Die Anträge sind gestellt im Interesse des Schutzes von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter. Die sehr hohen Krankenziffern bei den Bergarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind ohne Zweifel die Folge der langen Arbeitszeit. Insbesondere trifft dies zu auf die harten und nassen Betriebspunkte.

Besonders mit Rücksicht auf die seither fortlaufenden Betriebsmethoden (maschinelle Betriebe, Bohrhammers usw.), sowie der ständigen Zunahme der Leute der Gruben, wodurch die Gefahren für die Gesundheit der Bergarbeiter bedeutend erhöht sind, muss die geforderte achtfündige Schicht als hinreichend lang bezeichnet werden. Ebenfalls tragen die vielen Neben- und Nebenschichten, die verfahren werden, erheblich mit bei zu dem schlechten Gesundheitszustand der Bergarbeiter. Wer jemals die Wirkungen einer in der Grube verfahrenen Neben- und Nebenschicht an seinem Körper erprobt hat, muss zugreifen, dass diese sich noch tagelang nachher fühlbar machen. Dass derartige ungewöhnliche Anstrengungen die Gesundheit der Bergarbeiter in ganz außerordentlichen Maße ungünstig beeinflussen, ist ganz selbstverständlich. Dass die lange Arbeitszeit vor heiligen Betriebspunkten die Gesundheit der Bergarbeiter ungünstig beeinflusst, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Das hat auch der Geschieber anerkannt. Er schreibt daher für Betriebspunkte, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als + 28 Grad Celsius beträgt, eine Arbeitszeit von höchstens sechs Stunden vor. Abgesehen davon, dass die Schichtbestimmung den Bergarbeiter nicht genügenden Schutz bietet, da sie nur für solche Arbeiter gilt, die "nicht bloß vorübergehend" an so heiligen Betriebspunkten beschäftigt werden, ist bisher gelegentlich nichts geschehen zum Schutz der Arbeiter, die an Betriebspunkten beschäftigt sind, die zwar eine niedrigere Temperatur aufweisen als + 28 Grad, aber immerhin eine so hohe, dass diese unbedingt auf die Arbeiter einwirkt. Das ist aber ohne Frage dort der Fall, wo die Temperatur + 22 bis 28 Grad Celsius beträgt. Daher wird beantragt, die Arbeitszeit an diesen Betriebspunkten auf sieben Stunden täglich festzusetzen. Die Förderung der Gesundheit der Bergarbeiter liegt im Interesse aller Beteiligten, Arbeiter sowie Arbeitgeber und des Staates, darum sollten die Arbeitgeber, soweit es an ihnen liegt, durch Erfüllung unserer Anträge dazu beitragen, die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter zu fördern.

Zu 5. Durch die Erfüllung dieser Forderung sollen die Mieter der Bediensteten den sonstigen Mieter rechtlich gleichgestellt werden, was jetzt nicht der Fall ist. Die Inhaber von Bedienstetenwohnungen sind grundsätzlich unter Ausnahmerecht gestellt. Die Mietverträge enthalten Bestimmungen, wonach dieselben bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses erlöschen. Wird einem solchen Arbeiter am 15. des Monats das Arbeitsverhältnis gekündigt, so muss er nicht nur andere Arbeit, sondern auch eine andere Wohnung suchen. Da die Umgangstermine für Mieter von Privatwohnungen aber überwiegend an jeweiligen Quartalschluss stattfinden, so hält es schwer, zu anderen Zeiten Wohnungen zu finden.

Weiter enthalten die Hausordnungen und Verfügungen in den Kolonien und Menagen noch sonstige einengende Bestimmungen. So z. B. das Händlern, Kolportieren usw., das Betreten derselben untersagt wird. Das ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit der betreffenden Arbeiter. Dessen muss das Recht zuwenden, ihren Verdacht auf Waren usw. zu deuten, wo sie wollen und von wem sie wollen. Besonders dürfen die Hausordnungen usw. keine Bestimmungen enthalten, wodurch das Koalitionsrecht der Arbeiter beschränkt oder aufgehoben wird. Daselbe gilt von der in den Mietverträgen mancher Betrieben enthaltenen Bestimmung, welche die Koloniebewohner verpflichtet, Kostgänger zu halten. Welche schweren sittlichen Gefahren das Kostgängertum unter Umständen in sich birgt, dürfen wir als bekannt voraussetzen. Außerdem ist auch dieser Zwang ein Eingriff in die persönliche Freiheit.

Zu 6. Die §§ 1921 und 1922 der Reichsversicherungsordnung lassen ja leider die Möglichkeit zu, dass die Knappenhäuslerleistungen für die Versicherten um den ganzen, die der Hinterbliebenen um den halben Wert der reichsgerichtlichen Leistungen ermäßigt werden können. Die Wertsvertreter im Bodum Knappenhäuslerverein haben durchgesetzt, dass die reichsgerichtlichen Leistungen an die Hinterbliebenen der Knappenhäuslermitglieder entsprechend der Bestimmung des § 1922 der R.V.O. aufzuerklären werden. Das ist ein Unrecht den Bergarbeiter und deren Hinterbliebenen gegenüber. Die Bergarbeiter müssen die zwecks Einführung der Hinterbliebenenversicherung erhöhten Beiträge zur Knappenhäuslerversicherung zahlen und darum ist es auch nur recht und billig, dass ihnen gegebenenfalls auch die Beiträge aus dieser Versicherung voll zufließen. Die Herabsetzung der Beiträge zur Pensionstasse um einen Pfennig pro Woche kann nicht als Entschädigung für die Aufrechnung der Leistungen betrachtet werden.

Zu 7. In dem bestehenden einheitlichen Zwangsarbeitsnachweis des Bechenverbandes erbliden die Bergarbeiter eine beständige latente Gefahr, die bei irgend einer Gelegenheit auf sie werben kann. Die Erfahrungen, welche mit anderen Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen gemacht worden sind, lassen diese Befürchtung der Bergarbeiter auch durchaus berechtigt erscheinen. Die Gefahren von missbräuchlichen Benutzungen des Arbeitsnachweises werden aber wesentlich verringert, wenn dieselben auf partizipativer Grundlage errichtet werden, die Arbeiter eben an der Verwaltung derselben teilnehmen. Es würde das viel zur Verhüting der Bergarbeiter beitragen. Außerdem entspricht es u. E. auch nur der Grundfakten der Gerechtigkeit, die Arbeiter an Institutionen mitzuwirken zu lassen, die eine der für die Arbeiter wichtigsten Funktionen ausüben, nämlich die Vermittelung von Arbeitsgelegenheiten.

Die Aufhebung der vielfach noch bestehenden Vereinbarungen der Verwaltungen von Nachbarzonen, Arbeiter, die von den Bechen des Vertragsgebietes ablehnen, auf ihren Bechen nicht anzugehen, muss erstens im Interesse der Willigkeit und Gerechtigkeit gefordert werden, zweitens wird durch ein derartiges System die Freizüglichkeit der Bergarbeiter aufgehoben. Auch durch diese Einrichtung wird viel böses Blut unter den Bergarbeitern erzeugt, die Befestigung derselben liegt daher auch im wesentlichen Interesse der Grubenbesitzer selbst.

Zu 8. Die Einschränkung des Strafwesens wird gefordert, um zu verhindern, dass durch die übliche Verhängung dieser hohen Strafen die ohnehin knappen Löhne der Bergarbeiter nicht noch eine weitere bedeutsame Schmälerung erleidet.

Besonders dringend muss aber gefordert werden, dass über den Betrag von einer Mark hinausgehende Strafen nur mit Zustimmung des Arbeiterausschusses verhängt werden dürfen. Das letzte Strafssystem, bei dem die Grubenverwaltung Anklager, Richter und Strafvollstrecker in einer Person ist, kann doch wirklich nicht aufrechterhalten werden, denn es widerspricht allen Grundsätzen der Rechtspflege. Die bestraften Bergarbeiter können an die Objektivität des Bestrafenden nicht glauben und halten daher in den meisten Fällen die Strafen für ungerecht und willkürliche, wodurch Unzufriedenheit und Verhinderung bei den Bergarbeitern erzeugt wird. Dieart Ausland sollte die Grubenver-

waltungen daher im Interesse des Friedens und des guten Gewissens mit den Bergarbeitern bestehen.

Zu 9. Die paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten haben sich in den Berufen, wo sie eingesetzt sind (Buchdrucker, Kaufleute usw.) bewährt. Dieselben führen nicht nur die Zustimmung der Arbeiter, sondern auch die der Unternehmer. Manche Streitigkeiten, die sonst für beide Teile zu unlöslichen Folgen führen, können in Friedlicher Weise durch solche Schiedsgerichte gelöst werden. Es würde sich daher sehr empfehlen, auch im Bergarbeiterberuf dieselben einzuführen.

Zu 10. Der Zweck dieser Forderung ist ohne weiteres ersichtlich, so dass auf eine eingehende Begründung verzichtet werden kann. Die Notwendigkeit, den Arbeitern vor und nach der Schicht billige und alkoholfreie Getränke zur Verfügung zu stellen, dürfte allgemein anerkannt werden und manchen Bergmann vom Alkoholgenuss abhalten.

Uns der Hoffnung hingebend, dass die vorstehend aufgeführten und begründeten Forderungen und Anträge Verständigung finden, schließen.

Mit Glück auf!

Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands:

J. A.: H. Schäse, Bochum.

Für die Polnische Berufsvereinigung (Bergarbeiterabteilung):

J. A.: F. Mankowski, Bochum.

Für den Gewerbeverein der Bergarbeiter S.-D.:

J. A.: Franz Schmidt, Oberhausen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Fürstliche Arbeiterselbstlohnung.

Der Fürst von Fürstenberg in Donaueschingen beschäftigt in den ihm gehörigen Wäldern, Feldern und Wiesen, die sich auf etwa 80 Quadratmeilen erstrecken, mehrere hundert Arbeiter. Diese sind so miserabel bezahlt, dass in einem badischen Zentralblatt, in der "Offenburger Zeitung", im Sprechsaal ein gutes Wort für sie eingelegt wird. In dem lustdürftigen Dokument wird festgestellt:

"Nirgends wird so billig gearbeitet, wie bei der fürstlichen Verwaltung, wenigstens soweit die Arbeiter in Frage kommen. Ein Tagelöhner bei einem Privatmann stellt sich besser, mit dem Verdienste der Fabrikarbeiter lassen sich diese Löhne schon gar nicht in Vergleich stellen. Auf Einzelheiten eingehen, wird man und wohl erlassen. Eine Erhebung würde uns genauso recht geben. Wie uns erzählt wurde, hat ein höherer Herr sich gelegentlich nach dem Verdienste dieser Leute erkundigt und nachdem ihm Auskunft gegeben wurde, musste er selbst gestehen, dass die Löhne tatsächlich niedrig seien. Für Kenner der Verhältnisse ist dies längst kein Geheimnis. Es sind keine Revolutionäre, sondern durchweg kreuzkrabbe, fleißige Arbeiter, die ihrem schweren Geschäft unermüdlich Jahrtausend, Jahr aus nachgehen."

Also diese "nichtrevolutionären, kreuzkrabben Arbeiter" eines der reichen Fürsten Europas, bei dem der deutsche Kaiser jedes Jahr mindestens einmal zu Besuch ist, der infolge seines ausgedehnten Grundbesitzes nicht nur in Baden, sondern auch in Österreich erbliches Mitglied des Oberhauses ist, müssen am Hungertuch nagen. Dabei kostet ein einziger Kartoffelpfannkuchen dem Fürsten mehr, als was diese etwa 800 Arbeiter in einem halben Jahr überhaupt an Lohn erhalten.

1736 284 Mr. Tantlemen!

Die Nationalbank für Deutschland verteilt für das letzte Jahr auf 90 Millionen Mark Aktienkapital 8 800 000 Mr. gleich 7 Prozent Dividenden. Ganz abgesehen von den durch die verschuldeten sicheren und unsicheren Abzugsanlässe abschließenden Kapitalgemessen, weiss der Geschäftsbuch der Bank auch noch 1 788 284 Mr. Tantlemen auf. Diese machen, auf das Aktienkapital berechnet, nochmals 2 Prozent Brutto aus. Von der Gesamtsumme entfallen 780 000 Mr. auf die Beamten. Den Löhnenanteil beinhaltet die ohnehin schon mit 988 284 Mark teilen sich die Direktoren und Aufsichtsräte. Es erhält im Durchschnitt: Jeder Direktor und stellvertretende Direktor 51 865 Mr., jedes Aufsichtsratsmitglied 84 740 Mr. Die Direktoren begießen außerdem fürstliche Gehälter und die Aufsichtsräte erhalten die gleiche Tätigkeit für einige Konversationen mit nachfolgendem Diner, eine Tätigkeit, die sie bei einer großen Zahl in- und ausländischer Unternehmen ausüben. So ziert ein dem Aufsichtsrat der Nationalbank der Herr Schüller zehn Tantlemenposten und eine Regierungsrat a. D. Ernst Magnus gar 15.

Mancher dieser ausserwähnten diniert sich so Millionen im Jahre zusammen!

Verschärfung zwischen Deutschland und England

ist das Ziel, dem

beschäftigte Arbeitnehmer. 5. Eine neue Festsetzung des Lohnes für die Männer in Illinois, Indiana, Ohio und im westlichen Pennsylvania, die Kohlen mit Maschinen fördern. 6. Wir verlangen ferner, daß sieben Stunden am Arbeitsplatz in den Minen eine Tagesarbeit auf Grund der alten Stale bilden sollen. 7. Dass am Samstag fünf Stunden eine Tagesarbeit bilden sollen. 8. Wir verlangen wöchentliche Auszahlung der Löhne. Den Kohlengesellschaften soll nicht gestattet werden, den Lohn mehr als zwei Wochen einzuhalten. 9. Wir verlangen, daß die für die Minenorganisation gemachten Abzüge durch die Office der Kohlengesellschaften nicht beschränkt werden. 10. Bei der Beschäftigung der Grubenleute darf nicht wegen Rasse, Farbe oder Nationalität der Arbeiter diskriminiert werden. 11. Alle lokalen Differenzen oder Beschwörungen sollen den Districten behufs Belegung überwiesen werden. 12. Wir verlangen, daß dieser Kontakt vom 1. April 1912 an auf zwei Jahre abgeschlossen werden soll.

Das Komitee empfahl weiter, daß die von der am 8. November 1911 in Pittsburg abgeholten Konvention der Districte I, VII und IX für die Hartkohlengräber festgestellten Forderungen ein Teil derjenigen dieser Konvention sein und die mit Beamten angewiesenen werden sollen, mit den Districten des Hartkohlenbewerbers für die Einführung der geplanten Bedingungen zu wirken. Die Forderungen lauten wie folgt:

1. Wir verlangen, daß der nächste Kontakt auf ein Jahr abgeschlossen, am 1. April 1912 beginnen und am 31. März 1913 enden. 2. Wir verlangen, daß acht Stunden einen Arbeitstag für alle in- oder außerhalb der Minen beschäftigten Arbeiter bilden sollen und die Löhne nicht reduziert werden dürfen. 3. Wir verlangen die Erkennung der Districte I, VII und IX der "United Mine Workers Union" als eine Partei, die berechtigt ist, einen Lohnkontrakt abzuschließen und die Methode für die Eingabeung der Lohnbeiträge anzugeben. 4. Wir verlangen eine einheitliche Belegung lokaler Differenzen innerhalb einer bestimmten Zeit. 5. Wir fordern eine Lohn erhöhung von 20 Prozent über die im Jahre 1908 festgesetzten Löhne für alle Arbeiter. 6. Wir verlangen einen Minimallohn von 8,80 Dollar für Männer und 2,75 Dollar für die anderen Leute, wenn sie zu Überarbeiten beschäftigt werden, die mit der Förderung von Kohlen nichts zu tun haben. 7. Wir verlangen die Abschaffung des Shiften, das einen Kontraktlinien berechtigt, mehr als einen Arbeitsplatz zu haben und mehr als zwei Arbeiter zu beschäftigen. 8. Wir verlangen, daß die Rechte des "Chad Weigman" und des "Chad Docking Bosses" anerkannt und sie bei der Ausübung ihrer Pflichten nicht gehindert werden. 9. Wir verlangen, daß für alle geförderten Kohlen nach der Tonie von 2240 Mt. bezahlt werden soll, wo dieses praktisch erscheint.

Somit die vorliegenden amerikanischen Bedingungen auf die dortige Bergarbeiterbewegung Bezug nehmen, werden wir unterschiedlich, da zwar Verhandlungen der Grubenbesitzer mit den Bergarbeiter befehligen im Gange sind, aber eine Eingabeung ist noch nicht erzielt. Ein Teil der Grubenbesitzer bietet statt Lohnverhöhung breite Lohnkürzungen an. "Die Arbeiter bleiben fest", schreibt die "New-Yorker Volkszeitung".

Knappschäftliches.

Mitglieder des Halberstädter Knappschäftsbundes!

Na in er d e n! Anfang März finden die Wahlen für den Halberstädter Knappschäftsbund statt. Diese Wahlen werden dieses Mal gemäß den Bestimmungen des Zweiten Nachtrages zu der Satzung des Halberstädter Knappschäftsbundes geheim gefägt. Wir ersuchen unsere Kameraden, zu den Wahlen sofort Stellung zu nehmen, die Kandidaten aufzustellen und für deren Wahl bis zum Wahltag eifrig zu agitieren. Jeder überzeuge sich aber auch, ob er in der von der Betriebsverwaltung aufzustellenden Wählerliste eingetragen ist, damit er sein Wahlrecht nicht verliert! Kameraden, seht gill es, eifrig zu arbeiten, damit die Verbandskandidaten mit großer Majorität gewählt werden.

Missstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beche Arenberg Fortsetzung. Zum Musterplätt scheint diese Beche sich entwideln zu wollen. Am 1. Januar d. J. ist der Betrieb hier erst aufgenommen, aber es herrschen schon Zustände, welche dringend der Pflichten bedürfen. Bündlich belagern sich die Kameraden über die Unpünktlichkeit bei der Seilschaft, so wurden hier am 9. Februar über 15 Mann mit 2 Mt. wegen zu frühen Schichtmärsches bestraft. Die Ursache zu dieser Bestrafung schien der betreffende Beamte darin zu haben, daß die Leute 8 Minuten vor der regelmäßigen Seilschaft, also um 10.25 Uhr abends, schon am Schacht waren. Dabei ist es auch merkwürdig, daß fast alle Beamtenuhren, wenn es Zeit zum Schichtmärsch ist, später gehen als die Uhren der Kameraden. Es ließe sich dagegen wohl nichts einwenden, denn Pünktlichkeit muß sein, wenn diese Pünktlichkeit auch seitens der Beche eingehalten würde, aber gewöhnlich werden immer, wenn die Seilschaft schon stattfinden soll, noch ein paar Körbe Holz oder Mauersteine gefördert, so daß die Seilschaft erst 8 oder 10 Minuten später stattfindet. Es ist schon vorgetreten, daß die Mittagszeit noch um 11 Uhr in der Grube war, weil zuerst noch schnell Lokomotiven gefördert werden mußten. Das ist ja eine ungeheure Schichtverlängerung! Wegen Mindermasch und Förderns unzureichender Kohlen werden hier auch viele Kameraden bestraft. Ferner möchten wir den Beamten empfehlen, bei der Ausstellung von Abschlagscheinen etwas pünktlicher zu sein, so z. B. standen vom Sievier I um 4 Uhr noch Leute und warteten auf den Abschlag. Das Geschehens lädt auch noch viel zuwünschen übrig. Hoffentlich genügen diese Zeilen, damit hier für Abhilfe gesorgt wird.

Beche Auguste-Vittoria (Güls). Bezeichnungsweise. In einem Artikel der "Bergarbeiter-Zeitung" (Nr. 6 vom 10. Februar) heißt es: "Dass der Arbeiter nicht weit, höchstens ein paar Großtage über 5 Mt. täglichen Verdienstes kommt, dafür sorgen die Gedinge regulierungen." Diese Behauptung ist unwahr. Nach unserer Lohnstatistik haben die Hauerlöhne auf Beche Auguste-Vittoria in den Monaten Juli 1911 bis Januar 1912 betragen: 6,15, 6,24, 6,12, 6,06, 6,16, 6,08 und 6,44 Mt. Es ist ferner unrichtig, daß zum Schaden der Betriebs sicherheit nur die allernotwendigsten Reparaturen gemacht werden. Es wird besonders darauf geachtet, daß die erforderlichen Reparaturen ausgeführt werden. — Es ist unmehr, daß auf Beche Auguste-Vittoria die Pferde schlecht behandelt werden. Die Streden sind im Interesse einer guten Weiterführung so weit bemessen, daß ein Unstoßen der Pferde an der Firste ausgeschlossen ist. Aus diesem Grunde tragen die Pferde auch keine Lederrappen, die gänzlich überflüssig sind. Wohl kommt es vor, daß Grubenpferde durch die Hobel einzeln Leute oder Nachlässigkeit der Pferdejungen zu Schaden kommen. Es ist schließlich unwahr, daß die Arbeiter häufig wegen Lieferung unreiner Kohlen und Mindermasch bestraft werden und unbefriedigt darum, ob es bei den ungünstigen Gebirgs- und Flözverhältnissen möglich ist, reine Kohlen zu liefern oder nicht. Auch bei schwierigen Gebirgs- und Flözverhältnissen wird das Gedinge stets so gezeigt, daß die Arbeiter in der Lage sind, durch einen größeren Zeitaufwand reine Kohlen zu liefern. Gewerkschaft Auguste-Vittoria. (Name unleserlich).

Beche Baldur. Die Belegschaft dieser Grube hat mit Freuden vernommen, daß nun bald Lohnverhöhung eintreten werden. Es hat wenigstens so in den Blättern gestanden und da reden eben die Kameraden darauf, daß es in Wahrheit sein wird. Um Platz wäre die Aufbesserung hier ganz besonders; sind doch im Monat Januar Löhne von 4,60 Mt. ausgezahlt worden. Nicht etwa bereinigt, nein — die ganze dritte Sohle hatte über schlechte Löhne zu klagen. Es scheint fast, als wenn man jetzt aus Verordnung die Löhne so niedrig hält, damit dann die Arbeiter mit der Erhöhung auf den Stand von 1907 eine um so größere Freude empfinden sollen. Sobald das geschehen wird, müssen wir einen Antrag stellen, daß auch die Haushaltssohle verhöht wird, möchten wir aber den auswärtigen Kameraden raten, sich der Beche Baldur fern zu halten. Bisher haben die Förderstufen viel neuen Arbeit angeboten. Es ist hierbei aber manchen vom Regen unter die Traufe geraten.

Beche Brassert (Marx). Wer als Fremder von Marx nach Brentrop geht und eine Viertelstunde hinter der Ortschaft die schmucke Zechenkolonie Brassert sieht, der meint gewiß, daß diese Beche ein kleines Arbeiterparadies sein müsse. Aber wie so oft, trügt der Schein auch hier. Wer als Arbeiter neu anfängt, merkt den Gegensatz zwischen Schein und Wirklichkeit schon beim ersten Einfahren auf dem Förderlore. Der Schacht ist furchtbar nass und läuft das Wasser in Stömen

den Deuten auf dem Kopf und Rücken, so daß sie ganz durchmägt unten am Fußort ankommen. Man mag sich wundern, daß dies von den Arbeitern wie ein unabwendbares Geschick genommen wird, wo doch so leicht Abhilfe geschaffen werden könnte. Ein Schubdach von Blech läßt sich doch mit Leichtigkeit auf jeder Stange des Körbes anbringen. Mit den Löhnen steht es auch sehr schlimm aus. Löhne von 8,20 Mt., 4,00 Mt. und 4,50 Mt. sind nicht neues, obwohl es unter den jetzigen Verhältnissen unmöglich ist, mit solchem Einkommen eine Familie zu erhalten. Allerdings kommen auch bedeutend höhere Löhne vor, 7,50 Mt. auch 8,00 Mt. Das sind aber nur selteне Ausnahmen, die nach außen hin als Nellame wirken. Die Behandlung durch Beamte ist mitunter auch wenig zu loben. Einige Arbeiter tragen sich schon mit der Absicht, den Steigern S. und B. das Buch anzulegen über den Umgang mit Menschen zu verehren. Eine Lehre in dieser Richtung hätte auch der Beamte in der Markenkontrolle recht nötig, der die Vorschriften unterschreibt. Der Mann liebt es hierbei, die Arbeiter in ganz verächtlicher Manier von oben bis unten zu mustern, bevor er den Schein unterschreibt. Es sieht aus, als ob die Leute ihn erst um Entschuldigung dafür bitten sollten, daß sie von ihrem verdienten Gelde etwas haben wollen. Wenn die angeführten Verhältnisse nicht bald eine Änderung erfahren, dann dürfte die Beche selbst den größten Schaden davon haben; denn an die Erhaltung einer ständigen Belegschaft ist dann nicht zu denken.

Beche General Blumenthal. Weil die "Bergarbeiter-Zeitung" sehr lange keine Missstände kritisiert hat, glaubt die Verwaltung anscheinend, es seien jetzt keine vorhanden. Das ist aber ein Irrtum — die Nebenstände nehmen sogar wieder sehr überhand. Erfreut wird zur Seilschaft die Zeit nicht eingehalten. Kommt man nach der Mittagszeit zum Schachte, um auszufahren, so kann man erst noch eine lange Weile der Überfahrung zusehen. Denn erst müssen alle Kohlen heraus — dann erst kommen die Leute an die Reihe. Das bringt den Arbeitern wenig gefäll, könnte die Verwaltung von selbst einsehen; denn eine Schichtverlängerung von 20 Minuten, die auf solche Art den Arbeitern aufgezwungen wird, macht diesen kein Vergnügen. Kommt man also statt um 10% erst knapp vor 11 Uhr aus der Grube und will vom Steiger irgend einen Vor haben, dann kann man erst noch eine halbe Stunde am Schalter stehen. Es ist bald so weit, daß man ein paar Tage vorher schon wiederkommt, wenn man etwas braucht. — Die Beamten sind eben nur dressiert auf die Förderung, nicht aber auf die Wahrnehmung anderer Aufgaben, dazu fehlt es ihnen an Zeit. — Das merkt man schon an den Abortkübeln, die oft überlaufen gefüllt, mehrere Tage der Entleerung harken und die Luft der Grube verpestet. Das schlimmste ist aber, daß die Arbeiter dadurch gezwungen sind, andere Orte der Grube zu verunreinigen. Unter der allgemeinen Hoff und Jagd nach Kohlen haben auch die Pferde zu leiden. Namentlich die Ponys, die im Revier XII in den niedrigeren Streden die Förderung bewältigen müssen. Diese Tierchen bleibt kaum Zeit zum Fressen, an Ausruhen ist nicht zu denken. Denn die meisten Tage sind diese Pferde drei Schritte im Gange. Im selben Revier auf der seichten Sohle ist der Steiger L. der sich einer großen "Beschlechtung" bei den Arbeitern erfreut. Besonders die weibliche Methode seiner Lohnfestsetzung macht bei den Kameraden böses Blut, und es wäre für ihn selbst besser, wenn er mehr nach sachmännischen Grundzügen beim Lohnmachen handelte. Es ist zu beklagen, daß trotz der Auflösung durch unsere Zeitung sich immer wieder Kameraden finden, die das schändliche Nebenschichtenwesen fördern, anstatt es zu bekämpfen. Wir kennen wohl die Grundursache dieses Neide, sie liegt in dem schlechten Verhältnis, der in vielen Familien zur Ernährung nicht ausreicht. Die paar Mark Mehrverdienst aus den Nebenschichten können aber an der vordringenden Not nicht viel ändern. Auf der anderen Seite aber helfen die Arbeitnehmer die Grundursache ihrer Notlage verewigern. Bedenkt das, Kameraden, und befolgt die Mahnungen unserer Verbandsleitung: Meidet die Nebenschichten!

Beche Königin Elisabeth. Am 16. Februar, morgens 2 Minuten nach 8 Uhr, waren auf Schacht Wilhelm noch eine Anzahl jugendlicher Arbeiter in der Waschküche beim Umkleiden beschäftigt. Da stützte der Herr Betriebsführer Hülfensbusch mit den Worten: "Maus, ihr Bengels" unter die Jungen. Gleichzeitig regnete es Fühsritte und Ohrfeigen. In Angst und Wilder Hoff stützten die Jungen fast nackt, teilweise nur mit dem Hemd bekleidet, auf den Beckenplätzen. Wie leicht könnten sich die jungen Burschen erläutern und einen dauernden Schaden an ihrer Gesundheit erleiden. Unseres Erachtens waren die Jungen wohl nicht pünktlich bei der Arbeit; trotzdem hatte der Herr Betriebsführer kein Recht, in dieser Art und Weise über die Jungen herzufallen. Es trägt wenigstens nicht dazu bei, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Beamten zu fördern, ergibt auch die jungen Leute nicht zu der Hochachtung vor den Beamten, die von jenen verlangt wird.

Beche Königswor III und IV. Vor einigen Wochen wurde hier, jedenfalls weil infolge der fortwährenden Förderung nicht die nötige Zeit zum Verhauen des Schachtes übrig blieb, die Förderung für einige Zeit gestoppt. Am 9. Februar gab es eine neue Einstellung im Schacht, so daß die gesamte Belegschaft zwei Tage und zum Teil noch länger stehen musste. Dabei handelt es sich noch um einen verhältnismäßig neuen Schacht. Von schlechtem Gebirge kann wohl ebenfalls keine Rede sein. Es ist aber schon seit einigen Jahren das Bestreben der Beche, mit einer kleinen Belegschaft möglichst viel Kohlen zu fördern. An allen Ecken und Enden muß deshalb an Reparaturarbeiten geplatzt werden, was dann solche bedauerlichen Folgen zeitigt. Die Arbeiterschwebung ist den Herren Beamten natürlich ein Dorn im Auge. Bei der letzten Bergarbeiterbefreiung wiesen Beamte sogar die Stimmgabebeteiligung unseres Verbundes vom Wahllokal und drohten, wenn sie sich nicht schnell entfernen, dann würde man von seinem Haustrecht Gebrauch machen. Glaubt man, durch solche ungerechtsame Maßnahmen die Welt aus den Angeilen heben zu können? Wir haben schon mal darauf hingewiesen, daß diese Beche in einem Jahre 18, im anderen 27, im Jahre vorher sogar 85 Prozent Dividende verteilt, was doch nur dem Fleiß der Arbeiter zu danken ist. Soll die geschilderte Behandlung etwa den Dank an die Arbeiter für ihren Fleiß darstellen? Den Arbeitern zahlt man die denkbaren schlechtesten Löhne. Für die Koloniewohnungen läßt man sich einen Preis zahlen, daß sich diese nach Ansicht eines Bau-Sicherheitsbeamten besser vergippen, als die Baudienstbauten. Das nennt man dann Wohlfahrtsseinrichtung! Sicherheitsmänner, die es mit ihrer Pflicht ernst nehmen, können nicht lange herbergen. Hierfür ist am Bergarbeitergericht der Beweis erbracht worden. Entweder parieren oder hungern! Es besagt gerade genug, wenn ein von der Zechenverwaltung aufgestellter Sicherheitsmann das Revier II in den beiden letzten Monaten nicht mehr befahren hat. Ein anderer Sicherheitsmann hat schon wieder aufgehoben, sicher nicht aus Übermut. Aus den Sicherheitsmännerwohnungen kommt man gar nicht heraus. Wenn die eine beendet, muss im anderen Revier schon wieder eine eingezogen werden. Dabei ist der Belegschaftswchsel so groß, daß die Organisationen vielfach auf die Wahl verzichten müssen, weil sie in den meisten Revieren keine Leute haben, die nach dem Gesetz gewählt werden können.

Beche Vittoria (Lünen). Zu einer Wittergrube allerersten Ranges scheint dieser Bütt entwideln zu wollen. Naum ist die Förderung ein halbes Jahr im Betrieb und es sind schon mehr Missstände vorhanden, wie auf irgend einer anderen Grube des Bezirks. Wenn auch die Wittergrube sofort bei Gründung des Betriebes ihren Einzug gehalten haben, so sind sie doch unter dem Regime des neuen Betriebsführers zur höchsten Blüte gediehen. Die ganze Anlage inkl. Kolonie scheint eher eine Sträflingsanstalt, als ein modernes Bergwerk darzustellen. Ist doch die ganze Kolonie direkt mit den übrigen Bauten eng zusammengebaut. Familienhäuser schließen sich eng an die Kolonie an. 20 Meter vor der Markenausgabe ist ein von 16 Familien bewohntes Haus erbaut. Ungefähr 1000 Bergarbeiter werden hier auf einem Gebäudekomplex aufgezogen, dessen letztes Haus noch keine 1000 Meter von der Markenausgabe entfernt ist. Die Markenausgabe ist z. B. morgens von 5 bis 10 Minuten vor 8 Uhr angesetzt. Kein Wunder, daß fast alle Koloniebewohner und auch die übrigen sich gegen 8 Uhr einfinden. Stattdessen kann dafür zu sorgen, daß die Markenausgabe schnell von statthaft geht, wird hier nur einer, und noch dazu ein 14jähriger Junge, mit der Ausgabe betraut. Die Folge ist, daß um diese Zeit des öfters 100 Mann und mehr in Wind und Wetter draußen stehen und manchmal bis zu einer Viertelstunde auf den Empfang der Marke warten müssen. Es kommt vor, daß Kameraden, die direkt vor der Markenausgabe ihre Wohnung angemietet haben, erst weiter in die Kolonie wandern müssen, um dann im Gänsemarsch wieder zurück zur Markenausgabe zu gelangen. Dasselbe ist bei der Lampenausgabe. Die Reinigung und Ausgabe der Lampen ist auf diesem "Musterplätt" einem Unternehmer übertragen. Der Herr Betriebsführer hat nun angeordnet, daß nach 10 Minuten vor 8 Uhr keine Lampe mehr verausgabt werden darf. Daß sich der Unternehmer strikt an diese Verordnung hält, braucht wohl nicht betont zu werden. Aber auch hier dieselben Mängel. Zwei Kinder im Alter von etwa 15 Jahren sollen die Ausgabe für über 2000 Mann starke Belegschaft besorgen. Nun passiert es aber des öfters, daß Kameraden schon vor 8 Uhr an der Beche sind, durch die Hindernisse an der Markenausgabe und Lampenbude aber um 10 Minuten vor 8 Uhr sich nicht im Besitz der Lampe befinden. Diese Leute wird dann stets die Einfahrt verweigert. Eigentlich kann man beobachten, daß 20, 30, ja mehrmals schon bis zu 80 Mann wieder nach Hause mukten, weil ihnen die Lampe verweigert wurde. Es kostet sie schon um 8 Uhr an der Beche gewesen waren. Nachschlimmer ist es mit der Materialausgabe. Hier ist auch nur ein einziger Mann beschäftigt. Wer nicht etwa bei allen Schichten ist, kann das Magazin nur morgens und mittags während des Schichtwechsels öffnen. Bei den übrigen Schichten, bei den sechsstündigigen und bei der Nachschicht, wird kein Material verabfolgt. Will einer der Nachschicht hat oder der auf Gedächtnisrichthöhe beschäftigt ist, Material empfangen, so muß er entweder morgens oder mittags extra zur Beche pilgern. Dies wäre noch zu ertragen, wenn für schnelle Erdledigung im Magazin gesorgt wäre. Wie aber schon gesagt, ein einzelner soll hier die große Belegschaft bedienen. Will nun jemand Öl oder sonstige Fette empfangen, dann ist der Ausgeber gestoßen, in den Keller zu steigen. Will Segeltuch verabfolgt, so muß es aus einem weit entfernt liegenden Schuppen herangeholt werden. Bei fast allen Dingen muß der Mann, der die Ausgabe hat, erst lange Wege machen, um die Sachen zu holen. Hierdurch wird ebenfalls viel Zeit verbraucht.

Beche Pinto (Schacht Thies). Hier stützte am 15. Februar ein Arbeiter bei der Seilschaft aus dem Korb in den Schacht, weil die Tür sich geöffnet hatte, und wurde zerschmettert. Wäre der Bechericht absolut zuverlässig gewesen, hätte das doch gar nicht passieren können. Es war auch nicht das erste Mal, daß die Tür sich geöffnet hatte, schon vorher war das wiederholt passiert, ohne daß entsprechende Abhilfe geschaffen wurde. Jetzt allerdings wird die notwendige Sicherung getroffen. Wäre sie früher getroffen gewesen, hätte das Unglück vermieden werden können.

Beche Schürkant. Es scheint, als ob es Wahrheit werden soll, daß die Belegschaft der Beche Schürkant in Apfelbeck "Lohnverhöhung" bekommen. Welcher Art diese ist, kann man erfahren, wenn man die Kameraden in Schüttelzugsbetrieb fragt. Überbeschichtungen aus Überbeschichtungen werden dort verabreicht, man hört aber nichts von einer Gedingeausbesserung. Die Schüttelzüge sind zum 1. März um 10 und 20 Pt. in den einzelnen Schüttelzügen erhöht, aber nur vereinzelt. Die Hauerlöhne werden sich nach Ansicht der Verwaltung von selbst erhöhen, wenn überall so verfahren wird, wie in den Schüttelzugsbetrieben, nämlich durch Überbeschichtungen. Den Kameraden auf der 800 Meter-Sohle ist es nicht erträglich, worum die Nachfrage nicht geht. Wenn die Kameraden beim Schüttelzugsbetrieb diese Strecke passieren, ist es ihnen nicht möglich, die Augen offen zu halten, denn der Staub ist dort so stark, daß man seinen Vorbermann nicht sieht. Die Steiger, die diese Strecke passieren — zum größten Teile mit der elektrischen Maschine —, sind von den Sicherheitsmännern schon optimal auf diesen Nebenstand ausgerüstet gemacht, aber Abhilfe ist bis jetzt nicht geschaffen. Auch der Ausschau hat in den technischen Sitzungen schon auf diesen Nebenstand hingewiesen. Das größte Schmerzenskind der Beche Schürkant ist die Waschstube. Es ist es schon seit Jahren gewesen. Eine Waschstube von über 700 Mann hat einen Raum von 25 Meter Länge und 10 Meter Breite als Waschstube. Daß dort ein Durchgang beim Schüttelzugsbetrieb herrscht, braucht wohl nicht näher erörtert zu werden. Wie verlautet, beabsichtigt die Verwaltung im Laufe dieses Frühjahrs die Waschstube zu vergrößern, mußte aber aus Mangel an Geldmitteln davon Abstand nehmen, was aber leider die Kumpels nicht glauben wollen. Denn, sagen die Kumpels, wenn ich Geld da wäre, hätte die Verwaltung das Geld sparen können für die 8 bis 12 Waschbauer, die sie in den letzten Jahren neu eingesetzt hat. Die Seilschaft soll die Dauer einer halben Stunde nicht überschreiten, ein etwaiges Weit soll auf die Förderzeit genommen werden. Aber wie steht es damit? Des Morgens beginnt die Seilschaft 6,20 Uhr, des Mittags endet sie 245 Uhr, mithin kommt eine Schichtverlängerung von 20 bis 25 Minuten täglich heraus. Dagegen erheben wir Protest und verlangen Einhaltung der richtigen Zeit, denn die Überzeitreitung geht nur auf Kosten unserer Ruhepausen.

Beche Stölzer und Neuad. Das Strafbewesen wird hier eifrig gefördert, viel eifriger als die "Wohlfahrt" der Arbeiter. Man kann bei Betrachtung der Strafbetriebe auch nicht behaupten, daß die Strafbetriebe nach der Schwere des "Vergehens" bemessen werden. Es kommt eben auf den Grad der "Guns" an, deren Schwerpunkt bei der Betriebsleitung erfreut. Zu denjenigen Arbeitern, deren Strafbetriebe den Grad des "Wohlfahrt" der Beamten genau widerspiegeln, kommt nach der Schwere des "Vergehens" bemessen werden. Es kommt eben auf den Grad der "Guns" an, deren Schwerpunkt bei der Betriebsleitung erfreut. Zu denjenigen Arbeitern, deren Strafbetriebe den Grad des "Wohlfahrt" der Beamten genau widerspiegeln, kommt nach der Schwere des "Vergehens" bemessen werden. Es kommt eben auf den Grad der "Guns" an, deren Schwerpunkt bei der Betriebsleitung erfreut. Zu denjenigen Arbeitern, deren Strafbetriebe den Grad des "Wohlfahrt" der Beamten genau widerspiegeln, kommt nach der Schwere des "Vergehens" bemessen werden. Es kommt eben auf den Grad der "Guns" an, deren Schwerpunkt bei der Betriebsleitung erfreut. Zu denjenigen Arbeitern, deren Strafbetriebe den Grad des "Wohlfahrt" der Beamten genau widerspiegeln, kommt nach der Schwere des "Vergehens" bemessen werden. Es kommt eben auf den Grad der "Guns" an, deren Schwerpunkt bei der Betriebsleitung erfreut. Zu denjenigen Arbeitern, deren Strafbetriebe den Grad des "Wohlfahrt" der Beamten genau widerspiegeln, kommt nach der Schwere des "Vergehens" bemessen werden. Es kommt eben auf den Grad der "Guns" an, deren Schwerpunkt bei der Betriebsleitung erfreut. Zu denjenigen Arbeitern, deren Strafbetriebe den Grad des "Wohlfahrt" der Beamten genau widerspiegeln, kommt nach der Schwere des "Vergehens" bemessen werden. Es kommt eben auf den Grad der "Guns" an, deren Sch

vergessen zu haben. Unders ist die sibirische Kälte nicht zu erklären, von der sie erfüllt ist. Da soll jeden Monat 200 bis 800 Meter auf der Seite neu angelegt werden, ist die Verwaltung bemüht, aus aller Dürre Länder Peute zu bekommen. Die weitestgehenden Versprechungen werden gemacht. Vor weitem Umkreis her kommen die Leute zu der Seite. Arbeiter, die 2 bis 8 Stunden vor der Seite untergekommen, kommen auf dem Tage gefahren. Unstatt nun den Leuten entgegenzukommen und für Unterhaltung der Fahrer zu sorgen, überlässt die Gesellschaft es jedem einzelnen, sich eine Unterhaltung für sein Fahrzeug zu beschaffen. Eine alte, nicht verlässliche Piste wird meistens benutzt. Durch Anschlag lebt die Seite die Verantwortung für die Städte ab. Tatsache ist aber, daß fast kein Tag vergeht, an dem nicht ein oder mehrere Männer gestohlen werden. Wir sind doch der Meinung, daß es der Seite in leichtem Sinn müste, hier einen Mann angestellt, der die Städte in Empfang nimmt und auch die Ausgabe wieder besorgt. Über die niedrigen Löhne und die Verhandlung in der Grube werden wir in einem anderen Artikel berichten. Tatsache ist, daß wegen der Behandlung eines großen Erregung unter der Belegschaft herrscht. Wäre die Verwaltung frühzeitig für Abschaffung der Misstände sorgen, ehe es zu spät ist.

Schachtanlage Wellerholz (Solingen). Wenn der Schacht noch keinen Namen hätte, so würden ihn die Kumpels lebenslange "Knochenmühle" nennen. Denn es vergeht fast keine Woche, wo nicht mehrere Schwerarbeiter ins Krankenhaus gebracht werden. So wurden am 10. Februar wieder zwei Männer schwer verletzt; der eine davon ist bereits im Krankenhaus verstorben. Dieser hinterließ zwei Kinder, während der andere, dem ein Stein abgeschlagen wurde, Vater von sieben unmündigen Kindern ist. Dieser schwere Unfall passierte vormittags — am Nachmittag des selben Tages mußte der Krankenwagen nach einem dritten Mann holen. Angestellte der häufigen Unfälle muß es gerichtet werden, daß im Sievier des Stolziers G., wo das leichte Unfälle passieren, nicht einmal eine Krankenwache vorhanden war. Eine solche mußte erst aus einem anderen Sievier herbeigeschafft werden. Wollte man den Ursachen der häufigen Unfälle nachforschen, dann käme vor allem das Arbeitsystem als Ursache in Frage. Es besteht hier ein sogenanntes Prämienabding, daß die Treiberei den Arbeitern gegenüber trefflich besorgt. Am 1. März soll es auf weitere Betriebspunkte ausgedehnt werden. Die Leute auf dem Schacht sind der Meinung, daß sich die Verwaltung vorher ein eigenes Krankenhaus bauen sollte, wo doch der Krankenwagen jetzt schon die meiste Zeit auf der Schachtanlage vorfährt. Daß der Belegschaftswechsel sehr stark ist und der Abgang den Zugang beinahe übersteigt, ist nach obigen begründlich und ergänzt nur das Bild eines staubigen Musterbetriebes.

Bewohner Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Gewerkschaft Burbach (Braunschweig). Als wir vor einiger Zeit die Aufstände auf diesem Werk der Kritik unterzogen mußten, fühlte sich die Verwaltung veranlaßt, in einem Anschlag die vorgebrachten Missstände als Schwindel und Verbrechung zu bezeichnen. Damit glaubte man die Sache abgetan zu haben. Trotz dieser geistreichen Verbandsbekämpfung können wir doch nicht umhin, uns erneut mit den Verhältnissen auf diesem Werk zu befassen. Namentlich ist es die Handhabung der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, welche die schärfste Kritik herausfordert. So hatte die Verwaltung es sich nicht nehmen lassen, für ihre Arbeiter "billige" Butter zu besorgen. Dabei ist es vorgekommen, daß ein Arbeiter, welcher zwei Pfund genommen hatte, vier Pfund vom Lohn abgezogen erhielt. Einem anderen wurden sogar fünf statt zwei abgezogen. Als die Kameraden vorstellig wurden, wurde ihnen gesagt, sie könnten nichts herausbekommen, da vier Pfund in der Liste für sie eingetragen wären. Ausgeber der Butter ist der Portier Sonntag gewesen. Pflicht der Verwaltung ist es, in dieser dünnen Angelegenheit Licht zu schaffen. Jedenfalls sind die Eintragungen des Portiers ironisch erfolgt. Gleichwohl muß die Verwaltung aber dafür sorgen, daß die Leute ihr Geld wieder zurückbekommen. Wenn es ihr Spaß macht, kann es uns ja auch wieder durch Anschlag bekannt geben, wie sie darüber denkt — wir sind nämlich Freunde des Humors.

Paulschacht (Mansfelder Gewerkschaft). Hier liegen die Kameraden sehr wegen der Unterbelebung bei der Arbeit. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht einer von der Belegschaft verunglückt. Die Förderleute verdienen kaum 2,50 M. Die Hauserschäftsöhne sind so niedrig, daß sie gar nicht mehr zum Aushängen gebracht werden. Die Behandlung seitens der Belegschaft ist die denkbar schlechteste. Wenn man über den zu geringen Lohn klagt, im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen, bekommt man immer zu hören: "Wer nicht will, kann es uns ja auch wieder durch Anschlag bekannt geben, wie sie darüber denkt — wir sind nämlich Freunde des Humors.

Die Kameraden sind hier in höchster Blöße, so daß im Jahre 1911 7923,11 M. an Strafen verhängt wurden. Die Kameraden fragen sich: Was soll das werden? Die vom Lohn von der Werkverwaltung eingeschaltenen, nach oben abgerundenen Pfennige betragen im vorigen Jahre 6315,49 M. Wenn man diese große Summe der vom Lohn abgezogenen Geldei sieht, muß man unwillkürlich fragen: Alles dieses lassen sich die Arbeiter so ohne weiteres gefallen? Über unsere Kameraden — mit wenigen Ausnahmen — regen sich nicht im geringsten darüber auf. So wenig Schüttgeld und diese hohen Strafen: ist das nicht beschämend für die Mansfelder Bergarbeiter? Dabei heißt es, die Unterstützungsmaßen, in welche die Strafzölle fließen, seien Wohlfahrtseinrichtungen! Wenn mir mit jolchen Wohlthaten augeräumt würde, denn wirklich hilfsbedürftige bekommen ja doch nichts. Warum unterstützt man den reichstreuen Kameraden Karl Meier in Augsburg nicht? Dessen zahlreiche Kindererkrankungen gehen in Augsburg in verschiedene Häuser und holt sich ein Stück Brot oder Brot, sogar Mittagbrot oder Butaten, sonst haben die Kleinen nicht Zeit zu essen, trotzdem der Vater alle Tage seine Schicht auf dem Paulschacht verbringt? Über, je mehr Kinder, je mehr Segen, so wird uns gepredigt! Doch nur, weil damit die Väter um so widerstandsunfähig werden. Angenommen, dieser Zettel gibt es noch Kameraden genug, welche den Wert einer straffen Organisation nicht fassen können. Hätten sie erkannt, daß Einigkeit stark macht, würden sie keinen Augenblick zögern. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, darum rufen wir den organisierten Kameraden zu: Bringt Leben auf den Paulschacht! Rüttelt die Gaumigen auf, erklärt ihnen die Bedeutung der freien Gewerkschaften, helft die Organisation in Mansfeld mit verstärken und ausbauen, dann erst wird die Macht der Mansfelder Machthaber gebrochen werden.

Königreich Sachsen.

Gallitzschacht (Werdau). Als eine große Härte wird es empfunden, daß hier so viel zu Unrecht geprämiert wird. Wer es nicht selbst erlebt hat, in welch großer Umfang das geschieht, für den lassen wir nachstehend die Ortsnamen sowie die Abzüge vom Januar 1912 folgen: Neukirche Nr. 1: 15,20 M.; Nr. 3: 2,45 M.; Rüttelschule Nr. 1: 27 M.; Nr. 2: 12,45 M.; Nr. 7: 9 M.; Nr. 7: 3,45 M.; 2. Planter Nr. 1: 5,70 M.; Nr. 3: 11,10 M.; Nr. 5: 34,25 M.; Nr. 6: 27 M.; Nr. 7: 27,90 M.; Nr. 10: 12,20 M.; Nr. 13: 12,90 M. Die Kameraden von den genannten Ortschaften nach dem Füllort sind in einem solchen Zustand, daß es unmöglich ist, einen Hund Kohlen, nach Korridor gefüllt, bis an das Tagesende zu fördern. Es ist schon vorkommen, daß Zimmerlinge bei Förderwagen um ein beträchtliches Stück aushängen müssen, um auf dem die Straße zu bringen. So gar die Fluchtstrecke hat man ja eben zu Brüche gehen lassen, daß sie unmöglich war, über gegenwärtig gegeben. Wenn nun einmal etwas auffällt und die gesuchten Pausen können den Schicht nicht erlangen, dann kann es gleichzeitig bei den Kameraden aus irgendeiner Stelle später bei der Rechnung fortgezogen werden. Das ist im Bergbau längst dagebewiesen. Von großen Zulösen bis ins Tiefe sind die Fahrbühnen voll Erd und Ziegelschlamm, trotzdem sind die Arbeiter bei der Einfüllung und Ausschüttung, diese Fahrbühnen zu steigen. Wie leicht kann da nicht durch einen Sprung ein auf den Fahrbühnen befindliches Stück Ziegel ins Rollen kommen und von der Fahrbühne in die Tiefe fallen. Welche Gefahr das für die nachfolgenden Arbeiter bedeutet, ist leicht einzusehen. Weiter ist noch zu rügen, daß es fortgesetzt an Schwärmen mangelt und haben sich deshalb auch schon die Arbeiter beim Obersteiger Schäffer beschwert. Die Beschwerden wurden aber bisher nicht berücksichtigt. Nun sind zwar auf allen Werken die Arbeiterausschüsse da, die den Zweck haben, bei Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermittelnd einzutreten, ebenfalls bei der Werkverwaltung vorzutreten und auf Beurteilung derselben hinzufließen. Wenn aber der Arbeiterausschuß von C. G. Fall klagen kann, bringt das für die Werkverwaltung? Sie entlastet einfach den Arbeiterausschuß, wie es im Frühjahr 1911 geschehen ist. Aus diesem Grunde ziehen es die Arbeiter des genannten Werkes vor, auf diesem Wege Abstellung der Nebenkünste zu fordern, damit den Arbeitern tatsächlich die Beurteilung risizieren zu lassen.

Saargebiet und Reichslande.

Schacht Josef (Wittelsheim im Elsass). Schon oft mußte die Belegschaft dieses Schachtes die Lustsucht in die Öffentlichkeit nehmen, ohne daß eine durchgreifende Veränderung eingebracht wäre. Am Samstag, den 10. Februar, verunglückten zwei Kameraden. Der eine wurde durch den Stiel auf der Sohle schwer verletzt, während ein anderer Arbeiter durch ein Brett, das von der Mauerbühne herabfiel, fast erschlagen wurde. Die Mauerbühne befindet sich ca. 100 Meter über der Sohle. Auf dieser waren Arbeiter mit Belagshaken beschäftigt, während die anderen auf der Sohle arbeiteten. Eine Schubstühle war nicht eingebaut. Darauf laufen die unten beschäftigten ständig Gefahr, erschlagen zu werden. Auch die Bewitterung ist eine ganz ungünstigende. Der Schacht ist ungefähr 220 Meter geteuft, die Wetterführung reicht aber nur 60 Meter. Das Straßende steht in schärfster Blöße und gibt es Straßen auch für ganz geringe Vergehen und ganz willkürlich. Ein Arbeiter fuhr als älterer Mann, während nur drei aufstellig sind, in den Schacht und wurde mit 8 M. bestraft. Der Steiger, welcher ihm dazu verhalfen, bringt es sogar fertig, als Künster mit dem Stiel zu fahren, ohne daß eine Meldung oder Bestrafung erfolgt wäre. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die Bestimmungen für die Beamten dieselbe Gültigkeit haben wie für die Arbeiter. Die Bergbehörde möchte wir erfuchen, auf die Schächte speziell herzuführen. Weilchen Schachtausflug ist es, daß der Bergmann die Künster und die Schächte unangenehm zu revidieren. Denn bisher wußten die Bergarbeiter des Morgengen schon, wenn mittags die Bergarbeiter kam. Wenn dann alles in Ordnung ist, braucht man sich nicht zu kümmern. Aber auf keinem der anderen Schächte sind die Unfälle so hoch, als in den Betrieben dieser Gesellschaft.

Besser liegen die Verhältnisse auch anderswo nicht. Auf Adolf von Hansemann sind einem Arbeiter, der als fleißig und tüchtig bekannt ist und bisher 5 M. Schichtlohn erhält, noch 50 Pf. pro Schicht abgezogen worden. Gedingebedingungen sind auf Adolf von Hansemann und auf den umliegenden Betrieben, besonders auf Graf Schwerin und Villor, nichts Außergewöhnliches. Von den Beamten wird den Arbeitern gesagt: "Sie dürfen jetzt 8 M., auch 6,50 M. pro Schicht verdienen!" Natürl., sie dürfen noch härter schaffen wie bisher, denn von einer Gedingebedingung ist keine Rede. Höhere Löhne dürfen verdient werden durch erhöhte Schaffen. Wenn dann die Löhne steigen, spreizen sich die Bechenherren als Wohltäter, sagen aber nicht, daß eine Gedingebedingung nicht stattgefunden hat, sondern die höheren Löhne nur durch geleistete Leistungen erzielt wurden.

Auch von vielen anderen Betrieben wird uns berichtet, daß die Beamten erklärt haben, es dürften jetzt höhere Löhne verdient werden; an eine dementsprechende Erhöhung der Gedinge aber wurde nirgends gedacht. Die höheren Löhne sollen also durch erhöhte Leistungen erreicht werden. Höhere Leistungen bedeuten aber höhere Gewinne für die Betriebe. Die Bechenherren schlagen somit zwei Blögen mit einer Klappe. Infolge der höheren Leistungen steigen die Arbeiterlöhne, aber in noch größerem Maße die Bechenherren. Die Bechenpresse aber wird das Lob der Bechenherren singen, deren "Wohlwollen" den Bergarbeiten höhere Löhne gebracht hat.

Bechenbesitzer als Sozialpolitiker.

Die "Kölnische Zeitung", Mittagsausgabe vom 21. Februar, berichtet:

"Bei Bekämpfung der unheilvollen Kostgängerrei und des Schlafbürokratwesens in dem riesigen Arbeiterheer im Industriegebiet ist zurzeit eines der wirksamsten Mittel das Gedinge. Die Großindustrie sieht da nicht müßig zu; sie ist allen Ernstes mit der Löfung dieser Frage beschäftigt. Das neueste Gedigenheim hat der Großindustrielle Hugo Stinnes für lebige Arbeiter auf den Stinneszeichen geschaffen. Es liegt, wie wir einem Bericht der "Gesellenknecht Allgemeinen Zeitung" entnehmen, an der Grenze der Gemeinden Starnab und Horst und besteht aus einem Langbau mit zwei Seitenbauten und einem Mittelflügelbau. Die Räume sind in der Mehrzahl für vier Personen, die kleinen für zwei und drei Personen eingerichtet. Jeder Bewohner hat ein Bett und ein eisernes Spind zur Benutzung. Außerdem enthält jedes Zimmer einen runden Tisch mit einer Anzahl Stühle. Im gemeinsamen Speisesaal, der schwer und fest gebaute lange Tische und Bänke enthält, erhält jeder Bewohner Mittag- und Sonnabend und heißen Kaffee. Für die Bergarbeiter, die zur Morgenschicht eingefahren sind und erst gegen 8 Uhr oder später von der Schicht kommen, wird warmes Essen aufbewahrt. Ein Kaffee braucht kein Arbeiter zu erhitzen; wenn er Kaffee haben will, hält er sein Kaffeegeschirr einfach unter einen Krahnen und läßt es so voll laufen, wie ihm beliebt. Solches Kaffeeservice wird ja auch auf allen größeren Betrieben, besonders im Sommer, den Arbeitern von den Bechenverwaltungen geliefert. Mit der Kaffe ist ein Kaffeeautomat verbunden, wo die Gedigen das gut und billig kaufen können, was sie in den Nebenmahlzeiten verzehren wollen. Bisher, letzthin, Regelmäßig und beständig wird und im übrigen über seine freie Zeit verfügen kann, wie er Lust hat. Dieses Gebäude, das auch den Arbeiterinnen Ehre macht und nichts weniger denn als eine Kaserne äußerlich erscheint, hat allerdings nur einen Eingang, ein breites Portal, das unter Aufsicht eines Pförtners steht, der über die im Hause Wohnenden eine Liste führt. Der Baubau und die innere Einrichtung haben rund 270 000 M. gekostet. Es handelt sich hier um eine der Wohlfahrtseinrichtungen, die von Gewerkschaftsführern und von sozialpolitischen Theoretikern seither so oft als "Wohlfahrtspläne" bezeichnet werden. Diese Kritik wird die Großindustrie nicht ablehnen, diesen Zweig der Sozialpolitik auch fernerhin weiter auszubauen."

Wir erkennen gar nicht, daß das Kostgängerwesen ein großer Krebsabschaben ist, der aber in den Verhältnissen begründet liegt. Die Industrie zieht durch Agenten alljährlich zehntausende Arbeiter aus allen Richtungen der Welt heran und benutzt sie als Lohnräder; nur die schlechten Löhne aber veranlassen die meisten Leute, Kostgänger zu halten, um ihr Einkommen etwas aufzubessern. Würden bessere Löhne gezahlt, würde es den meisten Leuten nicht einfallen, sich mit Kostgängern herumzuschlagen; ein Vergnügen ist das wirklich nicht. Über viele Bechen drängen ja darauf, daß die Bewohner der Bechenkolonien Kostgänger halten sollen, um die Belegschaft auf diese Weise beliebig vermehren zu können. Es gibt Tausende Koloniebewohner, die keine Kostgänger halten würden, wenn die Bechen nicht dazu drängten. Diese Leute müssen also Kostgänger halten nicht im eigenen, sondern im Profitinteresse der Bechen.

Hieran ist schon zu erkennen, daß die Koloniebewohner als Hörige betrachtet werden, die ganz nach der Bechenpresse zu tanzen haben. Wer sich nicht fügt, fliegt, und zwar direkt auf die Straße, denn alle Mietverträge der Bechen enthalten die Bestimmung, daß die Bechenwohnung beim Erlöschen des Arbeitsvertrages sofort geräumt werden muß. Ein Koloniebewohner, der nicht nach der Bechenpresse tanzt und am 15. gefündigt wird, verliert am 1. Arbeit und Wohnung, d. h. er liegt mit seiner Familie mittellos auf der Straße. Wenn der Mann dann vielleicht auch andere Arbeit erhält, hat er noch lange keine Wohnung; in den Mietverträgen der Privatwohnungen wird meist dreimonatige Kündigung vorgesehen, welche am 1. jeden Quartals zu erfolgen hat. In der Zwischenzeit ist es ungeheuer schwierig, eine Wohnung zu erhalten. Daraus ergibt sich schon, daß die Koloniebewohner völlig an die Scholle gefesselt und der Willkür und Laune der Bechenherren überantwortet sind.

Besser liegen die Verhältnisse auch nicht für die Bewohner der Gedigenheime, Menagen oder Kästen, welche von den Bechen errichtet wurden; sie dienen ebenfalls dazu, die Arbeiter in noch größere Abhängigkeit von den Bechen zu bringen. Es sind nichts anders, wie moderne Zwinger, um die alte Hörigkeit wieder erstehen zu lassen. Nur einen Eingang hat ein solches Zwinger und dort thront der Pförtner gleich dem Höllenbund-Gerberus, um die Schafe von den Böcken zu scheiden. Kein Unberufener darf diese Schwellen überschreiten, vor allen Dingen kein Funktionär einer Organisation; die Überwachung ist hier noch viel möglich, wie in den Bechenkolonien.

Mit Recht werden daher diese Einrichtungen nicht nur von den Gewerkschaftsführern und sozialpolitischen Theoretikern, sondern auch von den denkenden Arbeitern als Wohlfahrtsspläne bezeichnet. Dass die Großindustrie sich dadurch nicht abhalten läßt, "diesen Zweig der Sozialpolitik auch fernerhin auszubauen", glauben wir der "Kölnischen Zeitung" aufs Wort. Diese Kreise, die jeden wirklichen sozialen Fortschritt in magloser Weise bekämpfen und über die großen sozialen Lasten, wodurch angeblich die Industrie ruiniert wird, Peter und Paul schreien, pflegen "diesen Zweig der Sozialpolitik", weil er ihnen gewaltige Gewinne, die Arbeiter aber in ein immer schlimmeres Abhängigkeitsverhältnis bringt.

Un zweit Millionen Markt unterschlagen

hat der in Damenbegleitung flüchtig gewordene Güterdirektor Herr b. W. o. t. Er war oberster Güterverwalter des Fürsten b. Habsburg und hatte seinen Wohnsitz in Waldbrohl (Hessenland). Der Verbrecher bekleidete auch die Ehrenstellung eines p. p. l. c. G. e. i. m. I. a. m. m. e. r. s. Da die Herner Zeitung schreibt, der "Fall Kreis" hänge mit der "sozialdemokratischen Morallehre" zusammen, so erzählt uns das Blatt jetzt auch wohl, welche "Morallehre" den p. p. l. c. G. e. i. m. I. a. m. m. e. r. s. verleitete.

Ein ungetreuer Bürgermeister.

Große Unterschlagungen hat der frühere Bürgermeister Dr. Kampel in Stolberg am Harz verübt, worauf er im März b. S. seinem Leben selbst ein Ziel setzte. Jetzt berichtet die "Kölnische Volkszeitung", Mittagsausgabe vom 21. Februar:

"Die Unterschlagungen des früheren Bürgermeisters in Stolberg am Harz, Dr. Kampel, der nach Aufdeckung seiner Verfehlungen im März vorigen Jahres durch Selbstmord endete, bildeten gestern

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Wie steht es mit der „freiwilligen“ Lohn erhöhung?

Doch die Mitteilungen der Bechenpresse über bevorstehende Lohn erhöhungen nur bestimmt waren, die Öffentlichkeit irre zu führen, weiß jeder Kenner der Verhältnisse. Auf einzelnen Bechen sind die Schichtlöhne etwas erhöht worden; an einer Erhöhung der Gedinge aber ist nicht zu denken, im Gegenteil, wo es nur irgendwie angängig erscheint, werden dieselben noch reduziert.

Auf Bechen Mont-Cenis II, Flöz Z, Sievier 6 hat der Steiger Seit im November 1911 allgemein noch 2 M. pro Metergang abgezogen, obwohl nur Löhne von 5,50 M. bis 6,40 M. verdient worden sind. Von den wenig einsichtigen Arbeitern wurde nun drauflos gewöhnt, so daß trotzdem wieder der gleiche Lohn herausgeschafft wurde. Darauf wurden am 14. Januar wiederum 10 Pf. pro Wagen Kosten vom Gedinge gefügt. Den Arbeitern wurde dann Gelegenheit geboten, durch Verfahren von Überschichten den durch den Abzug entstandenen Lohnverlust wettzumachen. Einige Arbeiter gingen auch darauf ein; nach einmaliger Probe aber hatten sie die Rose voll und schenken es ab, Überschichten zu versetzen. Darauf hat Steiger Seit die Gedingebedingung vor den westlichen Betriebspunkten am 14. Februar nochmals um 2 M. pro Meter gefügt, trotz der befehlsgewohnten Artikel über Lohn erhöhung im "Bergknoppen". Es kommt noch hinz, daß Arbeitnehmer bei Steiger Seit am schlechtesten beachtet wird. So zahlt er für das Sehen eines Stempels nur 5 Pf., für ein Schuhholz mit drei Stempeln 25 Pf. Dabei können die Arbeiter arm werden.

den Gegenstand der Verhandlung vor dem Landgericht Nordhausen. Die Stadt Stolberg am Harz war vom Magdeburger Bankverein für den Schaden, den er durch Fälschungen und Unterschlagungen des Bürgermeisters erlitten hatte, bestmöglich gemacht worden. Das Landgericht erkannte den Anspruch der Bank als berechtigt an und verurteilte die Stadt zur Zahlung der 128 000 M. unter der Binsen.

Ein zweiter Prozeß ist von der Preußischen Centralgenossenschaftskasse zu Berlin gegen die Stadt Stolberg angestrengt worden, weil die Kasse durch die Veruntreuungen des Bürgermeisters Kämpf einen Schaden von 90 000 M. erleidet.

Die „Königliche Volkszeitung“ beschränkt sich lediglich auf die Mitteilung der nächsten Tatsache, sie findet kein Wort der Missbilligung oder Entrüstung. Wenn es sich aber um einen ungetreuen Gewerkschaftsbeamten handelt! Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

Wer marschiert im Essener Kreise?

Der Essener „Volkstreund“ und „Bergknappe“ wetteiferten das ganze Jahr hindurch, um ihren Befehl begeistert zu machen, daß die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung marschiere. Insbesondere im Essener Kreise sollte dieselbe Vließensorten machen. Und 12 000 organisierte christliche Bergarbeiter sollten dem Essener Kartell entschlossen sein nach der Mitteilung des „Volkstreundes“. Neuauflnahmen und Mitgliederzuwachs waren in den meisten Bahnhöfen des Kreises nach der Verteilung oben genannter Organe vorhanden. Wie viel blinde Passagiere und Doppelzählungen man von jener Seite dabei mitgenommen hat, entzieht sich unserer genauen Kenntnis. Doch vermögen wir, infolge der veröffentlichten Einnahmen im „Bergknappen“, den Mitgliederzuwachs etwas näher zu betrachten. Welchen wir deshalb an Hand des im „Bergknappen“ veröffentlichten Zahlen, wie im Zentrumskreis Essen vorwärts geht. Die Einnahmen des Gewerkschaftsvereins betragen:

	1910	1911
im Bezirk Essen-Ost	110 885,25 M.	100 725,50 M.
im Bezirk Essen-West	88 912,80	81 090,70
Zusammen	197 808,14 M.	182 716,20 M.
Einnahme 1910	107,808,14 M.	
Einnahme 1911	182 716,20	
Weniger Einnahme	15 181,04 M.	

Die Wenigerinnahme beträgt also im Jahre 1911 in den beiden Essener Bezirken 15 181,04 M. Wo die Gewerkschaftsbewegung dabei die Fortschritte herbestellt, können wir bei einer Abrechnung nicht begreifen. Uns war es bisher nur möglich, bei Wenigerinnahme auch eine verringerte Mitgliederzahl feststellen zu können, in M. Gladbach schenkt man anders zu lehren. Doch wollen wir eines Vergleichs halber auch die Einnahmen des Verbandes in den beiden genannten Bezirken anführen. Der Verband hatte an Einnahme:

	1910	1911
im Bezirk Essen-Ost	80 170,80 M.	92 977,10 M.
im Bezirk Essen-West	88 143,80	88 163,70
Zusammen	172 814,00 M.	181 140,80 M.

Während die Einnahmen des Verbandes sich im verlorenen Jahre in diesen beiden Bezirken also um 88 26,70 M. steigernd reduzierten sich die Gewerkschaftsbeiträge in denselben Bezirken und der Hochburg des Zentrumsgewerbevereins um 15 181,04 M. Das ist ja nun wieder für die großen Geister an der Schüttentonne, aber verdient haben sie es schon längst. Dass es so kam und auch kommen mußte, war vorauszusehen und können sich die christlichen Bergarbeiter des Essener Kreises dafür bei ihren großen Führern bedanken. Hoffentlich wird es dort bald aufzumachen.

„Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns!“

Ein altes Verbandsmitglied aus Wanne schreibt uns: Es war die höchste Zeit, daß unsere Verbandsmitgliedern Kämpf zuließen. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Die meisten Kameraden haben das nicht gewußt oder wieder vergessen. Hier in Wanne kann man in fast allen Wirtschaften vergebens nach der Verbandszeitung suchen, die Worte halten sie nicht. Wo unsere Verbandszeitung zu finden ist, in diesen Wirtschaften kann man auch in der besten Verlehrzeit setzen Verbandskameraden treffen. Ich halte es für eine kameradschaftliche Pflicht, unsere Kameraden daran zu erinnern, wie uns von allen Wirkten in Wanne außer und dauernd sein Total zur Verfügung stelle. Das ist unser alter, erprobter Verbandsmitglied Herr Heinrich Homburg. Was hält Homburg alles zu leiden, weil er uns nicht vor die Türe werfen wollte? Mit Strafmandaten und gerichtlichen Scherereien wollte man Homburg nur machen; er kämpfte sich aber tapfer durch und marschierte nicht vor die Türe. Alle Kameraderen müssen von diesen Kämpfern nichts, unsere alten Kameraden sollten sie aber doch nicht vergessen. Es muß leider gefragt werden, daß man in den Wirtschaften, deren Besitzer uns nicht als gleichberechtigte Bürger anerkennen, zahlreiche Verbandskameraden als Gäste trifft, während sich davon bei unserem altbewährten Verbandsvize Heinrich Homburg wenige scheinen lassen. Kameraden, hier muß Neid und Geltung geschaffen werden. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. Lebt Solidarität, das verschafft uns Achtung. Vergeht eure Groschen dort, wo wir auch unsere Versammlungen abhalten können.

Sicherheitsmännerwahl auf Beche Victoria.

Bei der Sicherheitsmännerwahl auf Beche Victoria am 22. Februar erhielten die Kandidaten des Verbandes 175, die Kandidaten des Zentrumsgewerbevereins nur 30 Stimmen. Vom ersten Wert ist, daß bei der Wahl am 4. April 1911 der Verband 80, der Gewerkschaft 41 Stimmen erhielten; danach hat der Gewerkschaft diesmal 11 Stimmen verloren, der Verband aber 95 Stimmen gewonnen. Der Zentrumsgewerbeverein unterscheidet sich heute von den Gelben nichts, seine Haltung findet deren vollen Ausfall. Wie die Kämpfe über darüber denken, zeigt der Ausfall dieser Wahl.

Das heulende Elend

der „Christenführer“ spricht aus jeder Zeile eines Flugblattes, das am 25. Februar verbreitet wurde. In ihm versucht die Leitung des Zentrumsgewerbevereins eine Rechtfertigung ihrer jammerbollen Haltung in der Lohnbewegung. Wer aber auch nur einen stichhaltigen Grund in dem christlichen Flugblatt zu finden hofft, der als im Interesse der Arbeiter liegend gedeutet werden könnte, der täuscht sich. Es sind vielmehr die an den Haaren herbeigezogenen dummen Nebensachen, die in den letzten Nummern des „Bergknappen“ schon zu finden waren. Uns mit solchem Verlegenheitsgewächs abzugeben, wäre Raubmenschendung. Anders die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Hauptorgan der westdeutschen Großkapitalisten. Sie ermittelte dem Flugblatt der Christenführer schon ihren Segen, bevor es in den Händen der Leser war. Nicht besser kann der Gewerkschaft charakterisiert werden, als durch die wiederholte Anerkennung seiner Haltung durch die Bechenherren. Ganz zu schweigen von dem aufrüttigen Lob der Gelben.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Die Genossen auf den Mitgliederversammlungen.

Unter dieser Überschrift lagte der „Bergknappe“ darüber, daß einige Genossen im Ruhrrevier es gewagt haben, „christlichen“ Gewerkschaftsmitgliedern die Wahrheit über das Verhalten des Zentrumsgewerbevereins zu sagen und sie zum Übertritt in den Verband aufzufordern. Das, was aber bei den Verbänden ein so großes Verbrechen sein soll, ist bei den „christlichen“ Oligatoren im Helmstedter Gebiet eine Selbstverständlichkeit. Die Verbändler des Ruhrgebietes aber unterscheiden sich von den hiesigen „Christen“ noch dadurch, daß sie den Leuten nur wahre Tatsachen sagen und nicht durch Schwund und Lügen zu ihrem Ziele zu kommen suchen. Anders die hiesigen „Christen“, welche sich nur durch makulose Verdrehungen und gemeine Verdächtigungen über Wasser halten können. Dafür einige Beispiele:

Während des Braunkohlenarbeiterstreits bekannten Verbandsmitglieder Briefe, in welchen sie aufgefordert wurden, in den Gewerkschaftsverein einzutreten. Nach dem Streit suchte man Verbandsmitglieder zum Übertritt zu bewegen, indem man ihnen vorredete, den Gewerkschaftsverein zahlreiche Unterstützungen u. dergl. Das Mitgliedschaft eines Verbandsmitgliedes wurde während der Abwesenheit des Mannes weggeholt und der Frau vorgeredet, man sei bei unserem Gewerkschaftsverein gewesen und der habe gegen den Übertritt nichts einzuhindern. Gelingt es auf diese Weise nicht, sich in den Beispielen der Verbandsbücher zu lesen, dann sagt die Hölle der Ortsgeistlichen ein und wird die Religion zur Agitation missbraucht.

Wie können es aber verstehen, wenn solche Mittel angewandt werden, da die Taten der „Christen“ ihrer Agitation nicht dienlich sind. Geduld, lieber „Bergknappe“, keine Entrüstung; sehe erst den Dreck vor der eigenen Tür hinweg, bevor du an den Staub vor der Nachbarschaft herangehst.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Eine Teuerungs-Zulage.

Auf dem Herzoglich Anhaltischen Salzbergwerk Leopoldshall wurde vor zwei Monaten der Arbeiterausdruck seitens der Arbeiterschaft bestellt, eine Lohnforderung zu stellen. Eine Lohnzulage hat die Werftverwaltung nicht bewilligt, wohl aber eine Teuerungs-Zulage für alle Arbeiter, welche vor dem 1. Januar angefangen haben, und zwar für Verheiratete 30 M., für Unverheiratete 20 M. Wie berechtigt hier eine Lohnzulage wäre, zeigt gerade die traurige Tatsache, daß dieses Werk die niedrigsten Löhne im ganzen Bezirk zahlt, obwohl es hohe Überproduktion seit langen Jahren erzielt. Eine Lohnzulage von 15 Prozent hätte das Bergwerk vertreten können, der anhaltische Staat wäre hierbei nicht zugrunde gegangen. Wenn die Verwaltung je den Monat die Zulage von 20 bez. 20 M. auszahlte, dann würden sich die Arbeiter damit zufrieden geben. Wir fürchten aber, daß es nur eine einmalige Zulage sein soll. Sie ist ja ganz gut, um für den Augenblick die Not zu bannen, hält aber doch nicht lange vor. Wir müssen darum schon darauf bestehen, daß eine reguläre Lohnzulage eintrete, und damit wie dieser Forderung in Zukunft etwas mehr Nachdruck geben können, muß es Sache jedes Kameraden sein, dem Verbände alle hier beschäftigten Arbeiter als Mitglieder zuzuführen.

Oberbergamtshauptbezirk Breslau.

Ein Volksbrief aus Westfalen.

Einen in mehrfacher Hinsicht interessanten Brief veröffentlichte der nationalpolnische „Katolik“ am 13. Februar. Er lautet:

Vinden a. d. Kult. Vereine oberhessische Landgenossen! Im Januar sind zwei Jahre verflossen, seitdem ich von der Grube Paulus (Eigenamt des Zentrumsmagnaten Schafroth) zum d. Leibes-) in Borsigroth (Kreis Beuthen O.S.) aus Pfälzer geworfen wurde, sehr zu Unrecht und ohne daß ich weiß, was ich böses angerichtet haben möchte. Liebe Brüder! Hier vermuten, warum ich dieser Grube unbekannt wurde: zunächst weil ich ein organisierter Bergmann war und zweitens, weil ich nicht blindlings einen gewissen Beamtenstab folgen wollte. Diesem Menschen bin ich unbeauem geworden, weshalb er sich beim Grubenverwalter Herrn Peterel so lange bemüht hat, bis der Zentrumsmann Herr Peterel mich entließ. Herr Peterel und dieser Beamte dachten daher, daß sie mir ein sehr großes Glück angeboten hätten, das ist aber keineswegs der Fall, im Gegenteil, ich danke euch, ihr Herren, herzlich dafür, denn wenn ich noch länger unter euch gearbeitet hätte, so wäre ich infolge der Schlägen schon lange in Grube in Godulachhütte und meine Frau und Kinder wären Waffen ohne Stütze geworden. Dem Herrn Peterel kann ich nur mitteilen, daß die ganzen zwei Jahre meiner Verbannung gewissermaßen für mich eine Erholung waren, nach alledem, was ich auf der Grube Paulus durchgemacht habe. Liebe oberhessischen Brüder! Hier in Westfalen gibt es noch kein Paradies, denn auch hier muß man arbeiten, aber eine Arbeit ist der anderen nicht gleich. Ich selbst arbeite hier auf einer Grube, in der es viel fülliger ist, wie in vielen oberhessischen Bergwerken. Hier besteht auf jeder Schicht nur die achtstündige Arbeitszeit. Die Arbeit ist hier aber viel leichter, wie in Schlesien. Ich habe hier auch noch nie 3,80 oder 4,01 M. wie in Schlesien pro Schicht verdient, sondern stets, wie hier üblich, 5,60, 5,80, 6,80 bis 6,90 M. Mein niedrigster Lohn war 5,48 M. pro Schicht. Außerdem ist hier, liebe Brüder, die Behandlung der Arbeiter eine hundertmal besser, wie in Schlesien, insbesondere wie auf der Paulusgrube in Morschenroth. Ich habe hier wirklich noch nie gehört, daß ein Steiger den Arbeiter ausgeschimpft hätte. Der Steiger ist hier kein Tyrann und Despot, wie die oberhessischen Steiger. Manchmal arbeitet hier der Steiger selbst mit, wie der erste kleine Arbeiter, besonders wenn manchmal Leute (Schlepper) fehlen, befährt der Steiger schnell frühmorgens sein Messer und füllt dann Wagen. Das gibt es hier nicht, doch hier der Bergmann den Steiger mit „Herr Steiger“ anredet, sondern er ruft ihn einfach oder redet ihn mit „Kumpel“ an, was in Westfalen „Kamerad“ bedeutet. Der Steiger selbst trägt seinen Kragen und keine Krawatte, wie ich das manchmal in Schlesien gesehen habe. Im allgemeinen sind hier die Steiger nicht so eingebildet, wie das in meiner Heimat die Regel ist; wenn ihm hier manchmal der Brinkabos auszieht, so scheut er sich nicht, den Bergmann um solchen zu bitten. Auch kann hier der Bergmann Schichten haben, wieviel er will, keine einzige geht ihm verloren. Nur als ich auf der Hillebrandgrube (Eigenamt des Zentrumsmagnaten Donnersmarck) war, schaffte mir manchmal 5 Schichten. Wie ihr seht, liebe Brüder, gibt es hier kein Paradies, aber im Vergleich zu den oberhessischen Gruben gibt es hier viel mehr Erleichterung und Verständnis für den Bergmann. Und in organisatorischer Hinsicht gibt es hier fast gar keine Hindernisse. Hier wohnen viele Sozialdemokraten in herrschaftlichen Familienhäusern und agitieren offen, wie sie nur wollen — es werden ihnen keine Hindernisse gemacht. Bei allerhand Wahlen (für die Bergarbeitervereine) steht eine große Anzahl Sozialdemokraten und unserer Landsleute mit Zetteln für ihre Kandidaten oder mit Blättern da und der Unternehmer sieht es doch, es fällt ihm aber nicht ein, jemanden deswegen aufs Pfosten zu werfen. Brüder, wenn so etwas in Oberhessen vorkommen sollte, würde man solche Arbeiter nach Siberien verbannen, wenn es dort ein Siberien geben würde. Hier kann man rot, grün oder schwarz sein, das geht den Unternehmern nichts an, die Hauptsache ist, daß der Arbeiter seine Arbeit macht. Aber, meine Landsleute, denkt nicht etwa, daß der Kapitalist immer für die Arbeiter so gnädig war! In Westfalen gab es noch schlimmere Seiten, wie in Oberhessen! Die ganze Verbesserung der Arbeiterlage in Westfalen haben erst die Organisationen erkämpft. Die Organisationen sind hier ziemlich stark und die Kapitalisten müssen auf jedem Schritte mit ihnen rechnen, denn wenn die Arbeiter einer Grube zu drei Viertel organisiert sind, kann man sie doch nicht alle entlassen, da doch der Kapitalist nicht arbeiten wird; wie soll er das tun, wenn er dieser ist wie lang?...

Zu Unbedacht dessen rufe ich euch, oberhessische Brüder, zu: Helfet euch und uns!... Liebe Brüder, ich versichere euch, weil ich die Verhältnisse in Westfalen und Oberhessen kenne, ihr müßt am schwersten und am längsten arbeiten und ihr verdient am wenigsten! Und wie behandeln euch die Kapitalisten? In brutaler Weise! Auf der ganzen Erdkugel gibt es wohl nirgends eine solche traurige Lage der Bergarbeiter, wie in Oberhessen. Liebe Landsleute! Ich bitte euch noch einmal, reicht euch die Hände und wir werden euch unsere reichen! Ohne eine starke Organisation wird es nicht besser werden.

Der Briefschreiber kennzeichnet ja die oberhessischen Bergarbeiter recht hübsch! Was müssen das für „Arbeiterfreunde“ sein, wenn er die westfälischen Grubenbesitzer als baldsum und wohlsumm ihren gegenüberstellt! Es ist schon zu glauben, daß ein Unterschied zwischen den Montanindustriellen des Ostens und des Westens besteht. Dieser Gegensatz liegt aber nicht in der Natur der betreffenden Kapitalisten, sondern in der Arbeiterschaft. Wären die Bergarbeiter Oberhessens nicht so geduldig gegenüber den Anmaßungen ihrer Unternehmer und Unternehmer, dann hätten sie auch größere Freiheiten. Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient — das gilt auch von den Arbeitern der verschiedenen Gewerken. Zu einer wirksamen Organisation haben es die oberhessischen Bergleute noch nicht gebracht; statt dessen wanderten Kaufleute nach dem Westen. Dort haben die Arbeiter mit ihrer Organisation den Bechenherren schon etwas Respekt abgezwungen. Diesen Vorteil nehmen die Zugewanderten ganz gern in den Kauf; wenn sie dafür wenigstens alle helfen würden an der Ausbreitung der Organisation und an der Erbringung besserer Zustände. Das ist aber leider nicht der Fall. Sehr vielen polnischen Arbeitern im Westen dünnen die Verhältnisse erträglich im Vergleich zu ihrem Glückseligkeit in der Heimat. Sie rütteln darum keinen Finger, verleiten dafür aber noch mehr Landsleute zum Zuge nach dem Westen. Das ist für die Lage der Arbeiter in Oberhessen kein Gewinn, für die im Westen aber ein direkter Nachteil. Es wäre deshalb nur zu wünschen, daß die Mahnung des Briefschreibers, seine Landsleute sollen sich in der Heimat organisieren, befördert würde. Dann könnten sie dort den Zentrumskapitalisten genau so die Zähne zeigen, wie es die westfälischen Bergleute den „liberalen“ Bechenherren gegenüber tun.

Die „Lohnzulage“ im Waldenburger Revier.

Mit dem Einsetzen einer besseren Geschäftslage hofften die Bergleute Niederschlesien auf eine Erhöhung ihrer Löhne. Die Geschäftslage ist ausgezeichnet, aber von einer Lohnzulage hat man noch

nichts gespürt. Die Bergarbeiter finden sich auf andere Weise mit ihren Arbeitern ab — sie verlängern ihnen die Arbeitsszeit in der liebenswürdigen Absicht, die Kumpels auf diese Art mehr verdienen zu lassen. Auf der Fürstlich Pleißischen Grube wird ganz einfach durch Aussang bekannt gemacht, daß morgen eine Lohnzulage verfahren wird und damit basta. Auf der Sagan-Goldgrube ist es dasselbe beim Verfahren von zwölfstündigen Schichten. Dort ist es schon vorgesehen, daß die Belohnung (dah am nächsten Tage länger gearbeitet wird) erst ausgenommen würde, als viele Kumpels schon von der Grube weg waren, von Aussang also keine Kenntnis haben könnten. Die Folge davon war, daß dann eine Anzahl Leute zu spät oder zu zeitig zur Grube kamen und insgesamt den weiten Grubeweg noch einmal machen mußten. Bei den Weiterverhältnissen, die gerade auf der Fürstlich Pleißischen Grube vorliegen, kann man verlangen, daß da entschieden von einer Verlängerung der Schichtzeit Abstand genommen würde. Die Arbeiter, besonders die von der fünften und sechsten Schicht, sind infolge der schlechten Wetter bei acht Stunden schon so kaputt, daß sie kaum noch laufen können. Die Gefahrlosigkeit der Arbeiter wird direkt ruiniert, wenn sie zwölf Stunden unter Tage bleiben müssen. Hoffentlich sieht das auch die Verwaltung ein und schafft die Einrichtung wieder ab.

Angesichts der in Augenblick gegebenen Situation ist es dringende Pflicht aller Bergarbeiter, die Überredungen überhaupt ganz zu vermeiden. Kein Bergarbeiter sollte sich herbeilassen, die gesamte deutsche Bergarbeiterenschaft durch Verfahren von Überredungen in ihrem Kampf um Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu schädigen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Massenkundgebungen der Bergarbeiter zur Lohnfrage.

Am 25. Februar nahmen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets in 10 großen Versammlungen Stellung zur Lohnfrage. Alle Versammlungen wiesen einen außerordentlich starken Besuch auf; die Haltung und die Forderungen der drei Verbände wurden überall einstimmig gutgeheissen, daß ablehnende Verhalten der Zentrumsgewerbeleitung aber ebenso einstimmig verurteilt.

Auf dem Schillenhofe in Bochum war die Versammlung von über 4000 Bergarbeitern besucht. In Dortmund war die Versammlung von über 2500 Personen besucht; der Saal wurde politisch abgesperrt. In Hörde waren über 800 Personen versammelt. Die Versammlung in Gelsenkirchen zählte eine Besucherzahl von über 8000, Herne über 1200, Oberhausen über 800, Essen über 2500, Lünen über 800, Schwerte über 600, Linden über 1500

